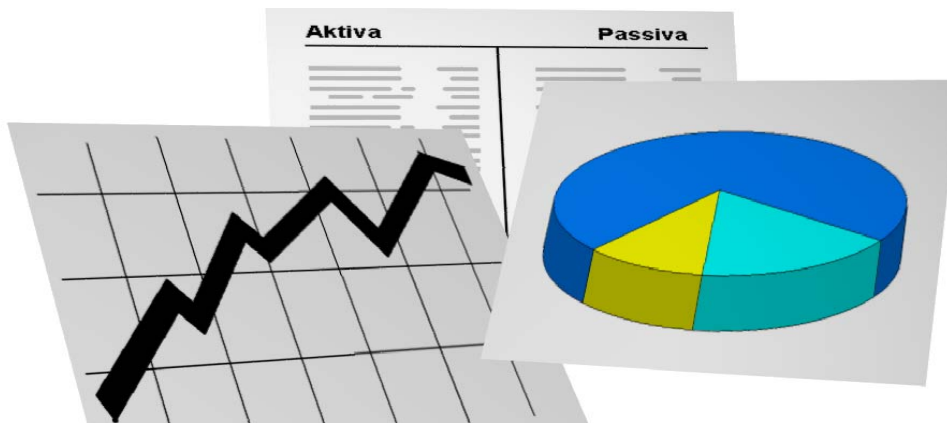


Oberbergischer Kreis

Der Landrat

Amt 20



Beteiligungsbericht 2007

erstellt auf der Grundlage
der Geschäftsberichte 2006

Versorgungsunternehmen
Verkehrsunternehmen
Rundfunk
Wirtschaftsförderung

Bericht gemäß § 112 Abs. 3 Gemeindeordnung (a. F.)
über die Beteiligungen des Oberbergischen Kreises
an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Vorwort	2
II. Gesetzliche Grundlagen	3
III. Auswirkungen auf den Kreishaushalt	4
IV. Beteiligungen des Oberbergischen Kreises	
1. Versorgungsunternehmen	
1.1 Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE)	6
1.2 Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH	7
1.3 Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH (Konzern)	15
1.4 Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) AVEA GmbH & Co. KG (mittelbare Beteiligung)	26
2. Verkehrsunternehmen	
2.1 Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)	29
2.2 Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) (mittelbare Beteiligung)	36
2.3 Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) (mittelbare Beteiligung)	41
3. Rundfunk	
3.1 Radio Berg GmbH & Co. KG	45
4. Wirtschaftsförderung	
5.1 Oberbergische Aufbau GmbH	48
5.2 GTC - Gründer- u. TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	54
5.3 Naturarena Bergisches Land GmbH	59
5.4 Standortmarketing Region Köln/Bonn GmbH (mittelbare Beteiligung)	61
5.5 Steinmüller-Förderzentrum Gummersbach für Aus- u. Weiterbildung GmbH	62
5. Kündigung von Genossenschaftsanteilen	65

I. Vorwort

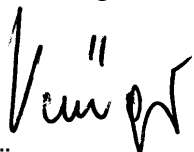
Der *Oberbergische Kreis* hat als Gebietskörperschaft für seine Einwohner eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Die unternehmerische Tätigkeit ist für die öffentliche Verwaltung nicht die regelmäßige Form der Aufgabenerfüllung. Dies gilt insbesondere für den *Oberbergischen Kreis*, der im Gegensatz zu seinen Gemeinden keinen Eigenbetrieb hat. Gleichwohl beteiligt sich auch der *Oberbergische Kreis* im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben an wirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts. Der gemäß der Gemeindeordnung zu erstellende und jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht dient dabei nicht nur der politischen Vertretung des *Oberbergischen Kreises*, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern, um einen umfassenden Einblick in die bestehenden Beteiligungen und deren wirtschaftliche Betätigung zu bekommen.

Gegenüber den Ausführungen im Beteiligungsbericht 2006 ist der *Oberbergische Kreis* keine neuen Beteiligungen eingegangen. Der Kreistag des *Oberbergischen Kreises* hat in seiner Sitzung am 15.03.2007 den Verkauf/Kündigung der sogenannten Kleinstbeteiligung (Genossenschaftsanteile an Baugenossenschaften und Volksbanken) beschlossen, die finanziellen Auswirkungen hier sind äußerst marginal. Des weiteren hat sich der Kreistag einstimmig für den Verkauf seiner *RWE-Aktien* entschieden. Der Veräußerungserlös soll in voller Höhe einem Pensionsrücklagenfonds zugeführt werden.

Die Gesellschafter der beiden Kreiskrankenhäuser streben die Bildung einer Betreiberholding mit der Bezeichnung *Klinikum Oberberg GmbH* an. Ziel der Gesellschafter ist die langfristige Sicherstellung der medizinischen Versorgung an den Standorten Gummersbach und Waldbröl auf hohem Qualitätsniveau in kommunaler Trägerschaft. In diesem Zusammenhang beabsichtigt der *Oberbergische Kreis* den Ankauf der Geschäftsanteile der Gemeinden *Morsbach*, *Nümbrecht*, *Reichshof*, *Ruppichteroth* und *Windeck*.

Der vorliegende Beteiligungsbericht bietet seinen Lesern eine umfassende Zusammenstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften, aber auch Erläuterungen, die für die kommunale Praxis sehr hilfreich sein werden.

Im Auftrag



Krüger

Kreiskämmerer

Gummersbach, den 03.12.2007

II. Gesetzliche Grundlagen

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist in den §§ 107 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) alter Fassung geregelt. Gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung (KrO) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kreise die Vorschriften der Gemeindeordnung entsprechend.

Die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde wird durch die gesetzliche Vorgabe des § 107 GO eingeschränkt. Sie ist nur zulässig, wenn

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Darüber hinaus bestimmt § 108 Abs. 1 GO für die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen u. a.,

- dass eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag beschränkt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht und
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet.

Besondere Vorschriften gelten für Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen von mehr als 50 % (§ 108 Abs. 2 GO). Die Gemeinde hat insbesondere darauf hinzuwirken, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Im Gegensatz zu den Grundsätzen der öffentlichen Finanzwirtschaft soll die Unternehmertätigkeit der Gemeinde Gewinne für den Haushalt abwerfen (§ 109 Abs. 1 GO). Hierbei geht allerdings auch die Aufgabenerfüllung („öffentlicher Zweck“) vor.

Keine wirtschaftliche Betätigung (§ 107 Abs. 2) im Sinne der GO ist der Betrieb von

- Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind (z. B. im Bereich Erziehung, Bildung, Kultur, Sport, Erholung, Gesundheits- oder Sozialwesen)
- Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen und
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung).

III. Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Die Beteiligungen des Oberbergischen Kreises wirken sich sowohl auf den Vermögens- als auch auf den Verwaltungshaushalt aus.

Zum Anlagevermögen gehören laut Definition des § 45 Ziffer 2.4 Gemeindehaushaltsverordnung (a. F.) auch Beteiligungen, sowie Wertpapiere, die die Gemeinde zum Zweck der Beteiligung erworben hat. Veränderungen (z. B. durch Verkauf von Aktien oder Erwerb von Geschäftsanteilen) sind daher im *Vermögenshaushalt* zu veranschlagen.

Die Auswirkungen auf den *Vermögenshaushalt* waren im Rechnungsjahr 2006 äußerst gering. Die Ausgaben ergeben sich durch die Erhöhung bzw. Übernahme von Geschäftsanteilen an Genossenschaften. Einnahmen sind keine zu verzeichnen.

Im prozentualen Vergleich zum Gesamthaushalt fallen die Einnahmen aus Beteiligungen im *Verwaltungshaushalt* nicht ins Gewicht, sofern man die Zahlung des *Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes* von 500.000 € unberücksichtigt lässt. Ebenfalls unberücksichtigt ist der Anteil am Reingewinn der *Kreissparkasse* von rd. 264.900 T€. Die Einnahmen aus Dividenden (insb. *RWE-Aktien*) betragen rd. 75.000 €, der Gewinnanteil bei *Radio Berg* beträgt rd. 35.600 €. Gemessen am Gesamtvolumen des Verwaltungshaushalts 2006 (RE) machen die Einnahmen von rd. 110.700 € (ohne BAV, ohne KSK) rd. 0,05 % aus.

Auf der Ausgabenseite sind u. a. Zuschüsse für die *OVAG* (1.575.000 €), den *Verkehrsverbund/VRS* (67.000 €), das *GTC Gummersbach* (5.800 €) und den *Verband der kommunalen RWE-Aktionäre* (537 €) erfasst. Die Ausgaben im Rahmen der Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen liegen bei 0,7 % des Gesamtausgabevolumens (RE) im Verwaltungshaushalt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben aus Beteiligungen 2004 – 2006 an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts:

	Rechnungsergebnisse		
	2006	2005	2004
<i>Verwaltungshaushalt</i>			
Einnahmen *	110.657 €	94.025 €	51.503 €
Ausgaben	1.662.590 €	700.230 €	2.269.516 €
<i>Vermögenshaushalt</i>			
Einnahmen	- €	227 €	11.097 €
Ausgaben	148 €	7.628 €	21 €

*) Einnahmen aufgrund Zahlungen des *Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes* (Hhst. 7220.2100.4) oder der Anteil am Reingewinn der *Kreissparkasse* (Hhst. 8700.2100.1) sind hier nicht berücksichtigt.

IV. Beteiligungen des Oberbergischen Kreises

(Stand: 31.12.2006)

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE)

Opernplatz 1
45128 Essen
Telefon: (02 01) 12-00
Telefax: (02 01) 12-1 51 99

E-Mail: contact@rwe.com
Internet: www.rwe.com

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Erwerb, der Betrieb von Energieanlagen, die der Erzeugung, Fortleitung oder Abgabe an Elektrizität, Gas oder Fernwärme dienen, sowie die Beteiligung an solchen Unternehmen.

Beteiligungsverhältnisse

Grundkapital 1.440 Mio. €

davon

Beteiligung des Oberbergischen Kreises	(Nominalwert)	133.447,18 €	=	u. 0,1 %
<i>Börsenwert</i> (Tiefstkurs 2006: 61,56 €)		<i>rd. 3,2 Mio. €</i>		
<small>(Tiefstkurs: 2003: 17,68 €; 2004: 29,70 €; 2005: 41,10 €)</small>				

Aktienbestand des Oberbergischen Kreises	52.200 Stück Stammaktien (Nennwert je Aktie 5 DM)
--	---

Kommunale Aktionäre ca. 28 %

Die weiteren Aktionäre bzw. die Höhe der jeweiligen Beteiligung sind hier nicht bekannt.

Organe

Aufsichtsrat

Vorstand

Wirtschaftsbeirat

Generalversammlung

Vertreter des Kreises (GV):

- Hagen Jobi
- Ursula Mahler

Rechnungsergebnisse 2004 – 2006

	2006	2005	2004
<i>Verwaltungshaushalt</i>			
Einnahmen (Dividende)	74.829 €	51.482 €	46.693 €
Ausgaben (VKA)	537 €	537 €	537 €

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH *(unmittelbare Beteiligung)*

Postfach 34 51
51534 Waldbröl
Telefon (0 22 91) 82-0
Telefax (0 22 91) 82-16 00

E-Mail: info@kkh-waldbroel.de
Internet: www.kkh-waldbroel.de

einschließlich Tochterunternehmen:

KARO GmbH – Gesellschaft für kardiologische ambulante Rehabilitation Oberberg
KDW GmbH – Klinik Dienste Waldbröl GmbH
OKD GmbH – Oberbergische Krankenhaus Dienste-GmbH

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses mit dem Ziel einer ausreichenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung in dem Einzugsgebiet durch ein bestmögliches medizinisches Angebot unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 1.022.583,76 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	613.550,26 €	=	60,0 %
Stadt Waldbröl	76.693,78 €	=	7,5 %
Gemeinde Morsbach	51.129,19 €	=	5,0 %
Gemeinde Reichshof	51.129,19 €	=	5,0 %
Stadt Wiehl	51.129,19 €	=	5,0 %
Gemeinde Nümbrecht	51.129,19 €	=	5,0 %
Gemeinde Windeck	76.693,78 €	=	7,5 %
Gemeinde Ruppichteroth	51.129,19 €	=	5,0 %

Organe

Gesellschafterversammlung
Verwaltungsrat
Geschäftsführung

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2006 Seite 9
Gewinn- und Verlustrechnung Seite 10
Lagebericht der Geschäftsführung Seite 12

Fortsetzung **Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH**

Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte des Oberbergischen Kreises

Mitglieder der Gesell-
schafterversammlung

Vorsitzender: Landrat Hagen Jobi,
Oberbergischer Kreis, Ursula Mahler,
Stadt Waldbröl, Christa Hertrich,
Gemeinde Morsbach, Frank Sonza-Reorda,
Gemeinde Reichshof, Karl Bodo Leienbach,
Stadt Wiehl, Angelika Banek,
Gemeinde Nümbrecht, Peter Hilbig,
Gemeinde Windeck, Frank Zähren,
Gemeinde Ruppichteroth, Rita Winkler

Geschäftsführung:

Dr. Klaus Bellingen
Michael Kirch (stellv. Geschäftsführer)

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH

Konzern-Bilanz

	31.12.2006
	EUR
AKTIVA	
Anlagevermögen	
Immaterielle Vermögensgegenstände	96.001
Sachanlagen	20.962.577
Finanzanlagen	12.250
Umlaufvermögen	
Vorräte	2.256.199
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	7.025.928
Wertpapiere des Umlagevermögens	172.794
Bankguthaben	642.489
Ausgleichsposten nach dem KHG	0
Rechnungsabgrenzungsposten	32.005
Bilanzsumme	31.200.242
PASSIVA	
Eigenkapital	
Gezeichnetes Kapital	1.022.584
Kapitalrücklagen	
Gewinnrücklagen	
Kapitalrücklage (ab Einführung Konzernbilanz)	14.121.390
Konzernjahresfehlbetrag	-2.894.756
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	8.308
Sonderposten	
Sonderposten (KHG) u. Zuschüsse	4.878.630
Rückstellungen	1.418.977
Verbindlichkeiten	
gegenüber Kreditinstituten	6.245.177
aus Lieferung und Leistung	2.878.202
nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	0
sonstige Verb.	3.519.047
Ausgleichsposten nach dem KHG	0
Rechnungsabgrenzungsposten	2.682
Bilanzsumme	31.200.242

Für das Geschäftsjahr 2006 wird erstmalig ein "Konzernbericht" vorgelegt.

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH

Konzern-GuV

	31.12.2006
	EUR
Umsatzerlöse u. sonst. betriebl. Erträge	45.741.450
Personalaufwand	30.134.744
Materialaufwand	12.566.320
Zwischenergebnis	3.040.386
weitere Aufwendungen u. Erträge	1.303.698
Abschreibungen	1.980.915
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.951.848
Zwischenergebnis	-2.588.680
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge und Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-241.135
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.829.815
Steuern	63.055
Jahresfehlbetrag	-2.892.870
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	0
Jahresüberschuss anderer Gesellschafter	-1.885
Konzernjahresfehlbetrag (Bilanzgewinn/-verlust)	-2.894.756

Für das Geschäftsjahr 2006 wird erstmalig auch ein "Konzernbericht" vorgelegt.

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2006
Planbetten	375
Pflegetage	99.524
DRG-Fallzahl	14.475
Verweildauer in Tagen	6,88
Auslastung/Nutzungsgrad (in %)	72,71
Personaleinsatz Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	554
Erlöse aus Krankenhausleistungen (TEUR)	35.459

Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH (nur Krankenhausbetrieb)

Bilanz

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	95.545	94.495	133.692
Sachanlagen	20.891.635	18.257.442	18.849.790
Finanzanlagen	80.100	32.314	33.104
Umlaufvermögen			
Vorräte	2.179.479	2.632.536	2.835.241
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	7.097.733	7.410.419	6.461.752
Wertpapiere des Umlagevermögens	172.794	70.029	0
Bankguthaben	540.569	1.129.769	522.547
Ausgleichsposten nach dem KHG	1.892.745	1.892.745	1.884.631
Rechnungsabgrenzungsposten	32.005	45.790	25.671
Bilanzsumme	32.982.605	31.565.538	30.746.429
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	1.022.584	1.022.584	1.022.584
Kapitalrücklagen	6.494.000	6.494.000	6.494.000
Gewinnrücklagen	6.628.247	9.520.135	11.886.295
Sonderposten mit Rücklageanteil			
Sonderposten (KHG) u. Zuschüsse	4.878.630	3.022.687	3.730.609
Rückstellungen	1.375.864	1.254.111	1.143.129
Verbindlichkeiten			
gegenüber Kreditinstituten	6.245.177	3.426.296	3.842.415
aus Lieferung und Leistung	2.828.354	952.171	1.380.856
nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2.594.702	4.695.566	0
gegenüber verbundenen Unternehmen	26.892		
sonstige Verb.	885.474	1.175.161	1.228.972
Ausgleichsposten nach dem KHG	0	0	12.415
Rechnungsabgrenzungsposten	2.682	2.827	5.155
Bilanzsumme	32.982.605	31.565.538	30.746.429

Fortsetzung **Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH**

Konzernlagebericht 2006

Im Berichtsjahr 2006 gehörten fünf Unternehmen zum Konzern der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH. Ziel der Gesellschaften ist es, eine fundierte medizinische Versorgung im Oberbergischen Kreis und benachbarten Einzugsgebieten zu gewährleisten. Das Unternehmen legt Wert darauf, sowohl Akutmedizin als auch Rehabilitation im Bereich der Kardiologie in Verbindung mit niedergelassenen Ärzten zu realisieren. So wurde beispielsweise die integrierte medizinische Versorgung im Bereich der Herzerkrankungen optimal umgesetzt.

In 2006 wurden zwei neue Gesellschaften gegründet. Es handelt sich hierbei um die "Klinik Dienste Waldbröl-GmbH" (KDW) und die "Oberbergische Krankenhaus Dienste-GmbH" (OKD).

Der Kernbetrieb des Konzerns bezieht sich im Wesentlichen auf den Betrieb eines Krankenhauses mit 375 Betten. Das Krankenhaus betreibt insgesamt 11 Fachabteilungen (einschließlich Intensivmedizin und zwei Belegabteilungen).

Leistungszahlen 2006

Die Angaben beinhalten keine Überlieger zum Jahresbeginn und zum Jahresende

Berechnungs- und Belegungszahlen	96.298
Fahlzahlen nach DRG-Zählweise E1	14.517
Verweildauer in Tagen	6,64

Investitionen

Von den Investitionen in Höhe von 4.713 TEUR entfallen 4.689 TEUR auf das Krankenhaus. Die Finanzierung sieht wie folgt aus:

Fördermittel	2.801 T€
Darlehen	508 T€
Eigenmittel	1.404 T€
	<hr/>
	4.713 T€

Die stationären Leistungen des Krankenhauses werden nach den Regelungen des Krankenhausentgeltgesetzes vergütet. Erfreulicherweise konnten in der ambulanten Versorgung Steigerungen verzeichnet werden, die sich durch die Verlagerung von stationären Leistungen in den ambulanten Sektor erklären

Die Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH ist mit 51 % Gesellschaftsanteilen an der KaRO GmbH beteiligt. Der Schwerpunkt der Leistungen in der KaRO GmbH bezieht sich auf die Rehabilitations-Versorgung von herzkranken Patienten. Im Berichtsjahr wurde damit begonnen, die Rehabilitation auf angiologische Patienten auszuweiten. Die gesetzlichen Krankenkassen und die Rentenversicherungsträger vergüten die Leistungen auf der Basis von Versorgungsverträgen. Bezogen auf das Vorjahr konnten die Umsätze gesteigert werden.

GBZ GmbH (Gesundheits- und Bildungszentrum Oberberg)

Die Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH hält 49 % des Stammkapitals in der GBZ. 51 % werden von der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH gehalten. Die GBZ entwickelt sich positiv. Kerngeschäft ist die Ausbildung in allgemeinen Pflegeberufen und spezialisierten Pflegetätigkeiten wie zum Beispiel Kinderkrankenpflege oder OP-Ausbildung. Die Anzahl der Auszubildenden für den Bereich der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH betrug im Jahr 2006 durchschnittlich 54.

KDW GmbH (Klinik Dienste Waldbröl GmbH)

Bei der Klinik Dienste Waldbröl-GmbH handelt es sich um eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH. Die KDW erbringt im Wesentlichen Dienst- und Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH wie zum Beispiel Küche, Cafeteria, Wäscherei und andere sonstige krankenhausspezifische Leistungen. Die Gesellschaft wurde zum 1. Mai 2006 gegründet.

OKD GmbH (Oberbergische Krankenhaus Dienste GmbH)

Bei der OKD GmbH handelt es sich ebenfalls um eine 100 %ige Tochter der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH. Auch hier werden allgemeine Dienst- und Serviceleistungen erbracht, insbesondere wird der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH Personal aus dieser Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft wurde ebenfalls zum 1. Mai 2006 begründet.

Umsätze

Folgende Umsatzerlöse sind in den einzelnen Unternehmen zu verzeichnen:

Krankenhausbetrieb	41.078 T€
KDW	1.924 T€
KaRO GmbH	421 T€
	<hr/>
	43.423 T€

Personal

Der Konzern gehört im Großraum Waldbröl mit zu den größten Arbeitgebern. Die Zahl der beschäftigten Personen stellt sich wie folgt dar (Vollkräfte):

Krankenhausbetrieb	514,00 VK
KDW	33,56 VK
OKD	2,24 VK
KaRO GmbH	4,20 VK
	<hr/>
	554,00 VK

Darstellung der Lage

Die Ertragslage des Konzerns ist negativ. Der Konzernjahresfehlbetrag beträgt 2.895 TEUR nach 2.366 TEUR im Vorjahr. Die Auswirkungen der Ausgliederung in externe Unternehmen und Tochtergesellschaften führten zunächst im Berichtsjahr aufgrund von Restrukturierungsmaßnahmen zu erheblichen Mehrkosten, die aber mit deutlichen zukünftigen Einsparungen einhergehen. Trotz der Einnahmesteigerungen konnten die Mehraufwendungen nicht kompensiert werden. Dies bezieht sich insbesondere auf die Tarifabschlüsse des Marburger Bundes und der Gewerkschaft Verdi, die zu erheblichen Belastungen im Berichtsjahr geführt haben.

Die Vermögens- und Finanzlage ist äußerst angespannt.

Die Vermögenslage ist durch eine Unterdeckung von langfristigem Kapital zu langfristigem Vermögen gekennzeichnet (- 467 TEUR).

Die Liquidität wird gesichert durch als kurzfristig ausgewiesene Bankverbindlichkeiten von fast 3 Mio. EUR und durch hohe Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres

Im Jahr 2007 ist mit zusätzlichen wirtschaftlichen Belastungen aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung und der Fortführung der Tarifabschlüsse zu rechnen. Die Gesundheitsreform (Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV) ist am 1. April 2007 nach bereits im Jahr 2006 begonnenen monatelangen Diskussionen in Kraft getreten. In der Endfassung des Gesetzes wurde der Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser im Gesundheitswesen von ursprünglich 0,7 % auf 0,5 % der Erlöse abgesenkt. Dennoch ist dies eine der wesentlichen Belastungen des Krankenhausbudgets.

Weiterer Personalabbau hat zu Beginn des Jahres 2007 stattgefunden und wird kontinuierlich weiter durchgeführt. Ausgliederungen des Labors und der physikalischen Therapie wurden umgesetzt

Es ist davon auszugehen, dass die zukünftigen Personalkostensteigerungen aufgrund der Tarifvertragsänderungen durch Fortschreibung der grundlohnbezogenen Budgetierung nicht gedeckt sind. Im Vergleich zum landesweiten Basisfallwert für Nordrhein-Westfalen von 2.687,99 EUR für das Jahr 2006 liegt der krankenhausesindividuelle Basisfallwert mit 2.573,34 EUR noch niedriger. Hier erfolgt im Rahmen der Konvergenzphase eine positive schrittweise Anpassung für das Krankenhaus.

Die Liquiditätsslage ist äußerst angespannt.

Die im laufenden Geschäftsjahr notwendige Bereitstellung des Kontokorrentkredites hat die Auszahlungen gedeckt. Im Folgejahr muss der zur Verfügung gestellte Kontokorrentrahmen ebenfalls die Auszahlungen sichern. Aufgrund der negativen Ergebnissituation ist mit zusätzlichem Kapitalbedarf zu rechnen

In den kommenden Jahren wird mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung gerechnet.

Trotz des eingeschlagenen Konsolidierungskonzeptes ist in den nächsten Jahren noch mit weiteren Fehlbeträgen zu rechnen. Dadurch wird der Kapitalbedarf weiter zunehmen. Ziel ist es, den Konzern spätestens ab dem Jahr 2011 wieder in den positiven Ergebnisbereich zu führen.

Um zukünftige Risiken zu verringern, laufen zurzeit Kooperationsverhandlungen mit dem Konzern der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH

Waldbröl, 3. Juli 2007

gez. Dr. Klaus Bellinghen
Geschäftsführer

Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH *(unmittelbare Beteiligung)*

Postfach 10 05 64
51605 Gummersbach
Telefon (0 22 61) 17-15 01
Telefax (0 22 61) 17-20 02

E-Mail: info@kkh-gummersbach.de
Internet: www.kkh-gummersbach.de

einschließlich Tochterunternehmen:
GKD Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen
RPP Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege
PSK Psychosomatische Klinik Bergisch Gladbach
GBZ Gesundheitsbildungszentrum Oberbergischer Kreis
MVZ Medizinisches Versorgungszentrum (ab 2007)

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Ziel des Krankenhauses (Betrieb Gummersbach und Marienheide) ist eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Einzugsgebieten der bisherigen Krankenhäuser Bergneustadt und Gummersbach, sowie in dem auf das Gebiet des Oberbergischen Kreises und Teile des Rheinisch-Bergischen Kreises festgelegten psychiatrischen Einzugsgebietes durch ein bestmögliches medizinisches Angebot unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 1.073.712,95 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	434.598,10 € = 40,48 %
Landschaftsverband Rheinland	357.904,32 € = 33,33 %
Stadt Gummersbach	281.210,53 € = 26,19 %

Organe

Gesellschafterversammlung
Verwaltungsrat
Geschäftsführung

Sonstiges

Konzern-Bilanz zum 31.12.2006	Seite 17
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 18
Lagebericht der Geschäftsführung	Seite 19

Fortsetzung **Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH**

Dem Verwaltungsrat gehörten im Geschäftsjahr 2006 an:

für den Oberbergischen Kreis

Herr Landrat Hagen Jobi, Vorsitzender
Frau Larissa Bödecker
Herr Paul-Gerhard Schmitz
Herr Wolfgang Schuffert
Frau Renate Bickenbach
Frau Doris Schuchardt-Kaganietz
Herr Ulrich Heu

für den Landschaftsverband Rheinland

Herr Udo Molsberger
Herr Konrad Frielingsdorf
Herr Rainer Kukla
Herr Bernd Paßmann
Herr Stefan Peil
Frau Günter Stricker

für die Stadt Gummersbach

Herr Bürgermeister Frank Helmenstein, stellv. Vorsitzender
Herr Heinz-Uwe Tholl
Herr Karl-Otto Schiwiek
Herr Christoph Schmitz
Frau Hanna Rupe

als Arbeitnehmervertreter

Herr Dr. med. Ulrich Lehmann
Frau Anne Adolphs
Herr Volkmar Engelbert

Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH

Konzern-Bilanz

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	227.052	213.407	234.024
Sachanlagen	79.209.878	72.931.224	64.445.987
Finanzanlagen	510.431	497.944	163.831
Umlaufvermögen			
Vorräte	2.168.918	2.242.145	1.971.834
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	13.241.422	13.863.000	14.305.779
Wertpapiere	79.140	252.110	255.842
Bankguthaben	4.351.386	7.379.416	11.010.981
Rechnungsabgrenzungsposten	91.104	75.765	190.904
Bilanzsumme	99.879.332	97.455.012	92.579.182
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	1.073.713	1.073.713	1.073.713
Kapitalrücklagen	3.058.706	3.075.622	3.092.539
Gewinnrücklagen	5.414.633	4.655.127	4.261.816
Anteile anderer Gesellschafter			
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	265.499	416.553	326.040
Sonderposten mit Rücklageanteil	59.759.441	58.313.233	56.394.306
Rückstellungen	7.470.788	7.770.973	8.939.228
Verbindlichkeiten			
aus Lieferung und Leistung	9.542.485	2.780.273	2.807.134
gegenüber Kreditinstituten	4.889.279	7.340.163	1.367.196
gegenüber Gesellschaftern	218.326	218.326	597.471
sonstige	8.145.326	11.767.561	13.674.556
Rechnungsabgrenzungsposten	41.136	43.467	45.183
Bilanzsumme	99.879.332	97.455.012	92.579.182

Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH

Konzern-GuV

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Umsatzerlöse	89.205.771	84.753.850	77.274.711
Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen	-112.777	108.449	-4.400
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	8.189.458	9.311.643	9.409.175
Materialaufwand	20.295.316	18.160.305	16.251.308
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	49.811.865	49.488.158	45.327.033
b) Soziale Abgaben/Aufwendungen Altersversorgung	12.712.542	12.334.897	11.063.652
Zwischenergebnis	14.462.729	14.190.583	14.037.492
Abschreibungen	4.623.476	4.700.428	5.430.327
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.785.162	8.695.901	7.251.697
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	152.395	196.772	244.661
Abschreibungen auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens	2.161	3.732	478
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	463.928	382.053	125.258
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	740.396	605.240	1.474.393
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	130.812	122.503	45.366
Sonstige Steuern	18.050	15.829	11.904
Jahresüberschuss	591.535	466.908	1.417.123
Gewinn- / Verlustvortrag (aus Vorjahr)	416.553	326.040	-1.218.378
Entnahmen aus Kapitalrücklage	16.917	16.917	16.917
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	35.135	36.516	350.076
Einstellungen in Gewinnrücklagen	794.641	429.828	239.699
Bilanzgewinn/Verlust	265.499	416.553	326.040

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, § 267 V HGB	1.843	1.750	1.639
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	1.281	1.264	1.166
Pflegetage/Berechnungstage	217.561	215.855	216.381
Verweildauer in Tagen	10,1	10,0	10,1
Verweildauer (nur Betriebsstätte KK Gummersbach)	7,7	7,6	7,8
Krankenpflegeschule (Schülerzahl im Jahresdurchschnitt)	141	111	111
Jahresergebnis (TEUR)	592	467	1.417
Umsatzerlöse (TEUR)	89.206	85.040	77.275
Personalaufwand (TEUR)	62.524	61.823	56.391
Eigenkapital (TEUR)	9.813	9.221	8.754
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	9,8%	9,5%	9,5%
Kapitalbindung (Forderung in Tagen)	43	41	40
Finanzmittelbestand (TEUR)	4.419	7.623	11.245

Fortsetzung **Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH**

KONZERN-LAGEBERICHT 2006 (Auszug)

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Einrichtungen im Konzern

Es werden ein Allgemeines Krankenhaus mit integrierten psychiatrischen Kliniken in Gummersbach, einer Fachklinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Marienheide und eine Fachklinik zur akuten und rehabilitativen Behandlung suchtkranker Menschen in Bergisch Gladbach betrieben. Des Weiteren gehören die Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen GKD und die Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege RPP zum Konzern. Die GKD erbringt Dienstleistungen gegenüber der Alleingesellschafterin, gegenüber Schwestergesellschaften und gegenüber Dritten. Die RPP fördert das öffentliche Gesundheitswesens im Wege der Versorgung der Bevölkerung über das Einzugsgebiet Gummersbach hinweg mit ambulanter medizinischer und pflegerischer Betreuung.

Die Konzernmutter sowie die übrigen Konzerngesellschaften werden in der Rechtsform einer GmbH geführt. Träger sind der Oberbergische Kreis (40,48%) der Landschaftsverband Rheinland (33,33%) und die Stadt Gummersbach (26,19%). Organe der Konzernmutter sind der Verwaltungsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Selten standen die Krankenhäuser in Deutschland vor ähnlich großen Herausforderungen wie im Wirtschaftsjahr 2006. Erst ein lange andauernder Tarifstreit in kommunalen und universitären Krankenhäusern und dann in der zweiten Jahreshälfte erneut eine Gesundheitsreform mit erheblichen finanziellen Tragweiten für die Krankenhäuser. Darüber hinaus galt es noch, das neue Finanzierungssystem nach Fallpauschalen weiter zu entwickeln, den neuen Fallpauschalenkatalog und die neuen Abrechnungsregeln auch im Jahre 2006 umzusetzen. Gleichzeitig blieben auch weiterhin die Einnahmemöglichkeiten im Budgetbereich durch Anbindung an die Grundlohnsummensteigerung mit 0,63 % gedeckelt.

Die Auswirkungen der immer neuen Belastungen im Gesundheitswesen sind für die Leistungserbringer im Oberbergischen Kreis und die Bevölkerung zunehmend erkennbar. Erste Abteilungen an Krankenhäusern werden geschlossen, viele Krankenhäuser schreiben rote Zahlen und niedergelassene Ärzte geben ihre Praxen auf, bzw. finden keine Nachfolger.

Vor diesem Hintergrund verlief das Geschäftsjahr 2006 für die Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH durchweg positiv. Die Inanspruchnahme durch die Bürger war in allen Abteilungen und Einrichtungen der Krankenhaus GmbH durchweg sehr gut. Dies hat wiederum zu steigenden Leistungszahlen im stationären und ambulanten Sektor geführt. Das Kreiskrankenhaus Gummersbach ist im Rahmen der Weiterentwicklung des DRG-Systems ein „Gewinnerkrankenhaus“. Im Rahmen der sog. Konvergenzphase konnte deshalb - wie auch im Vorjahr – eine zusätzliche Budgetsteigerung aus der Anpassung des krankenhausindividuellen Basisfallwerts an den Landesbasisfallwert realisiert werden. Zudem konnte im Jahre 2006 das Krankenhaus-Budget insgesamt - auch durch die Vereinbarung höherer Fallzahlen - überproportional gesteigert werden.

Darüber hinaus ist es gelungen im Zentrum für Seelische Gesundheit - Klinik Marienheide einen neuen Chefarzt für die Klinik für Sucht, Medizin und Psychotherapie zu berufen, der seit August 2006 tätig ist, was sich positiv auf die Belegungsentwicklung ausgewirkt hat.

Es ist allerdings auch festzustellen, dass schwere Krankheitsbilder einhergehend mit steigenden Therapiekosten im stationären und ambulanten Bereich noch nicht leistungsgerecht vergütet werden. Das Krankenhaus hat aufgrund seiner niedrigen Budgetausgangslage noch nicht die optimale Vergütungssituation erreicht.

Mit Sorge wurde zudem der Kostenanstieg zur Kenntnis genommen, der insbesondere im Energiebereich festzustellen ist.

Die RPP - Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege hat ein positives Jahresergebnis nur knapp verfehlt. Ursächlich hierfür ist die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter, die hinsichtlich der Inbetriebnahme des neuen Gesundheitszentrums Berstig im abgelaufenen Geschäftsjahr getätigt wurden. Ohne diesen einmaligen und vorgezogenen Effekt wäre das Betriebsergebnis positiv. Die Patientenzahlen und die Auslastung konnte weiter gesteigert werden.

Die PSK - Psychosomatische Klinik Bergisch Land hat eine gute Auslastung auf dem Niveau des Vorjahres erreicht. Das Betriebsergebnis ist positiv. Das Jahresergebnis kann hingegen nicht zufrieden stellen, ist allerdings durch Einmaleffekte entstanden. Hier sind außerplanmäßige Kosten im neuen Geschäftsfeld "Betreutes Wohnen" - in dem zwischenzeitlich Maßnahmen zur Optimierung der Ertrags- und Kostenseite umgesetzt wurden, Aufwendungen zur Einbindung in die EDV-Landschaft des Konzerns sowie Kosten eines Zertifizierungsverfahrens angefallen.

Umstrukturierungs- / Rationalisierungsmaßnahmen

Im Kreiskrankenhaus Gummersbach wurde eine zentrale Aufnahmestation eröffnet, deren Ziel eine effiziente und schnelle Diagnostik, kurze Wartezeiten und eine beschleunigte Therapie ist. Die enge interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen Fachrichtungen ermöglicht eine flexible, am Krankheitsbild ausgerichtete, Versorgung des Patienten. Die umfangreichen organisatorischen Änderungen zeigten im weiteren Verlauf ihre Wirkung.

Kooperationen

Ein weiterer Vertrag zur Integrierten Versorgung (IGV-Vertrag) von Schlaganfallpatienten konnte mit der AOK Rheinland/Hamburg geschlossen werden. Der IGV-Vertrag Schlaganfall mit der DAK besteht weiterhin.

Das Brustzentrum konnte die erforderlichen Mindestmengen im Disease Management Program (DMP) Brustkrebs erbringen. Im Geschäftsjahr starteten die Vorbereitungen für die anstehende Zertifizierung durch die Ärztekammer, die in 2007 stattfinden wird.

2. Ertragslage

Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung

Kennzahlen zur Ertragslage	2006	2005	2004	2003	2002
Umsatzerlöse (TEUR)	89.206	85.040	77.245	73.843	70.442
Umsatzentwicklung (%)	4,9	10,7	4,6	4,8	2,4
Jahresergebnis (TEUR)	592	467	1.417	-621	-1.049
Betriebsergebnis	2.004	421	589	-675	-1.192
Investitionsergebnis	-477	-409	-215	-230	-228
Neutrales Ergebnis	-936	455	1.053	284	371
Umsatzrentabilität (%)	0,7	0,5	1,8	Negativ	Negativ
Personalaufwand (TEUR)	62.524	61.823	56.391	55.288	53.423
Personalaufwandsentwicklung (%)	1,1	9,6	2,0	3,5	3,9
Durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	1.281	1.264	1.166	1.140	1.120
Produktivität je Vollkraft (TEUR)	69,9	67,3	66,3	64,8	62,9
Personalaufwand je Vollkraft	48,8	48,9	48,4	48,5	47,7
Personalaufwandsquote (%)	67,4	69,8	70,2	71,6	73,1

Analyse Veränderung der Umsatzerlöse

Die positive Entwicklung von Jahresergebnis und Betriebsergebnis des Konzerns ist ganz wesentlich auf die Umsatzerlössteigerung um rund 4,16 Mio. € zurückzuführen. Dies resultiert im Betriebsteil Gummersbach im Wesentlichen aus der Steigerung der stationären Erlöse (+1.450 TEUR) sowie durch Zuwächse im Bereich ambulanter Leistungen (davon + 920 TEUR aus der Behandlung ambulanter onkologischer Patienten). Im Betriebsteil Marienheide resultiert der Zuwachs aus einem weiteren Anstieg der berechenbaren Pfllegetage.

Analyse Veränderung der Personalkosten

Der Konzern gehört im Oberbergischen Kreis zu den größten Arbeitgebern. Insgesamt sind 1.281 Vollkräfte beschäftigt. Dies sind zum Vorjahr 16 VK mehr. Der Anstieg der Personalaufwendungen konnte auf die Auswirkungen des Vollkräftenanstiegs begrenzt werden.

Analyse Veränderung ausgewählter Sachkosten

In allen Gesellschaften sind die Energiekosten analog zu der Preisentwicklung stark angestiegen.

In den psychiatrischen Fachkliniken und dem Kreiskrankenhaus Gummersbach sind die Kosten im Bereich des medizinischen Sachbedarfs sowie des Laborbedarfs gestiegen. Dies lässt sich durch die deutlichen Fallzahlsteigerungen im ambulanten und stationären Bereich erklären. Weitere Kostenanstiege sind bei der Instandhaltung und Wartung medizinischer Geräte zu verzeichnen. Nicht unbedeutend ist die Zunahme der Rechnungskürzungen durch die Krankenkassen für die Anschubfinanzierung zur Förderung der integrierten Versorgungsverträge.

3. Finanzlage

Kennzahlen zur Finanzlage	2006	2005	2004	2003	2002
Kapitalbindung Forderungen in Tagen	43	41	40	51	40
Cashflow					
aus laufender Geschäftstätigkeit (T€)	3.459	1.559	6.840	2.926	1.556
aus Investitionstätigkeit (T€)	-10.520	-6.910	-6.789	-3.942	-3.280
aus Finanzierungstätigkeit (T€)	3.860	1.725	-119	-24	-46
Finanzmittelbestand (T€)	4.419	7.623	11.245	11.282	12.323
davon für Fördermittel (T€)	2.945	3.835	3.717	6.437	4.175
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	7.442	5.471	749	873	991

Die Zunahme des operativen Cash-flow gegenüber dem Vorjahr resultiert hauptsächlich daraus, das in 2006 die Rückführung kurzfristiger Verbindlichkeiten in erheblich geringerem Umfang zu Mittelabflüssen führten.

Wesentliche Finanzierungsmaßnahmen

Die laufenden Baumaßnahmen werden mit den in Vorjahren bewilligten Einzelfördermitteln sowie aus Darlehen finanziert. Zur Auszahlung kamen Sparkassen-Darlehen für die Baumaßnahme des neuen Gesundheitszentrum Berstig in Höhe von 2,5 Mio. EUR.

Art und Umfang von Fördermitteln

Die im Geschäftsjahr erhaltenen pauschalen Fördermittel nach § 25 KHG betragen für den Betriebsteil Gummersbach 1,72 Mio. EUR, für den Betriebsteil Marienheide 210 TEUR. Diese Werte blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Für die Psychosomatische Klinik Bergisch Land betragen die pauschalen Fördermittel 61 TEUR.

Investitionen ins Sachanlage- oder Finanzanlagevermögen

Das in 2006 weiterhin im Bau befindliche Gesundheitszentrum Berstig wurde im Wesentlichen durch Eigenmittel der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH finanziert. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Gebäudes erfolgt erst im Geschäftsjahr 2007 und wirkt sich somit in 2006 noch nicht über Abschreibungen ergebniswirksam aus.

Für die in 2006 durchgeführte und fertig gestellte Baumaßnahme "Zentrale Aufnahmestation" belaufen sich die Gebäude-Anschaffungskosten auf rund 960 TEUR. Die Einrichtung und Ausstattung, als auch die technischen Anlagen, schlagen mit rund 480 TEUR zu Buche. In der Klinik Marienheide wurde der dritte Bauabschnitt fertig gestellt und in Betrieb genommen. Das Investitionsvolumen (vorwiegend in Gebäude) beläuft sich insgesamt auf rd. 3.625 TEUR, davon entfällt die Hälfte auf 2006.

Wesentliche Konditionen der Verbindlichkeiten und Kreditlinien

Aufgrund der aus Eigenmitteln finanzierten Investitionstätigkeit aber auch der Vorfinanzierung bewilligter Fördermittel für Baumaßnahmen durch das Kreiskrankenhaus Gummersbach wurde tageweise der eingeräumte Dispositionskredit der Bank beansprucht. Der Finanzmittelbestand ist zum Stichtag weiter gesunken. Die regelmäßige Kontrolle dieser Kennzahlen erfolgt im Rahmen eines Liquiditäts- und Risk-Managements. Die abgeschlossenen Darlehensverträge sind größtenteils langfristig abgeschlossen und weisen Zinssätze zwischen 2,3% und 4,65 % auf.

4. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögenslage	2006	2005	2004	2003	2002
Anlagevermögen (ohne FA)	79.437	73.145	64.680	63.252	64.800
Eigenkapital	9.813	9.221	8.754	7.337	7.958
Sonstige Rückstellungen	6.409	6.796	7.750	7.796	7.201
davon Wahrrückstellungen	1.921	1.999	2.623	2.911	2.765
Bilanzsumme	97.879	97.455	92.579	93.861	90.923
Deckungsgrad des AV (%)	87,6	92,3	100,7	98,9	100,4
Eigenkapitalquote (%)	9,8	9,5	9,5	7,8	8,8
Eigenkapitalrentabilität (%)	6,4	5,3	19,3	Negativ	Negativ

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens ist leicht zurückgegangen, da die im Geschäftsjahr durchgeführten Investitionen zu einem großen Teil fremdfinanziert sind

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Inbetriebnahme des Gesundheitszentrums Berstig

Im März 2007 konnte das neu errichtete Gesundheitszentrum auf der Berstig in Betrieb gehen. In dem Gebäude wird neben Arztpraxen, von denen zwei in der neu gegründeten MVZ Gummersbach GmbH geführt werden sollen, durch die Tochtergesellschaft RPP ein ambulantes Rehabilitations-Zentrum betrieben. Neben großzügigen Therapie- und Behandlungsräumen steht auch ein Bewegungsbad zur Verfügung. Ein Schwerpunkt bildet das Angebot an orthopädischer, neurologischer, sowie onkologischer Rehabilitation. Ergänzend werden Krankengymnastik, Babyschwimmen und verschiedene Arzt-Patientenseminare angeboten. Die Einrichtung verfügt über eine Lehrküche, in der unter praktischer Anleitung Ernährungs- und Diabetesberatungen stattfinden werden. Ein weiterer Bereich des Gebäudes beheimatet eine Tagesklinik mit 15 Plätzen für allgemeinspsychiatrische und gerontopsychiatrische Patienten. Zur Enthospitalisierung psychisch Kranker werden 4 Wohnungen zum Probewohnen mit ergänzenden therapeutischen Maßnahmen angeboten.

Rechtsstreitigkeiten

Am 06.09.2006 hat das Bundessozialgericht in einem Rechtsstreit zwischen der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH und der Kassenärztlichen Vereinigung zur Vergütung von Notfallbehandlungen ein Urteil zu Gunsten des Krankenhauses gefällt. In der Entscheidung wird die Kassenärztliche Vereinigung verpflichtet, eine Vergütung zu finden, die der Vergütung der niedergelassenen Ärzten in der Notfallbehandlung gleichzusetzen ist. Die konkrete Höhe der Nachforderung des Krankenhauses an die KV sind aus diesem Urteil leider nicht unmittelbar ableitbar. Die Kassenärztliche Vereinigung hat sich bis zur Aufstellung des Lageberichtes noch nicht zur Umsetzung dieses Urteils geäußert.

6. Risikobericht

Die Betriebsteile in Gummersbach, Marienheide und Bergisch Gladbach sind durch eine hohe Auslastung und steigenden Patientenzahlen im laufenden Jahr ertragsseitig gut aufgestellt. Im Rahmen der Teilnahme an einem InEk-Projekt zur Fallkostenkalkulation (Kostenträgerrechnung) und in Krankenhausvergleichsprojekten konnten keine verlustbringenden Abteilungen oder Bereiche als Risiko identifiziert werden. Die Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen hat ihren Stand weiter festigen können.

Die Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege kann in den neuen Räumen ihren Expansionskurs fortsetzen und so ihre Marktstellung festigen.

Mit Sorge wird jedoch der steigende Instandhaltungsaufwand betrachtet. Im laufenden und in den kommenden Jahren werden Kosten für Instandhaltung von über 1 Mio. EUR (z.B. für die Anlage zur Kältegewinnung im Kreiskrankenhaus Gummersbach) auf die Gesellschaft zukommen. Ferner muss davon ausgegangen werden, dass die Energiekosten weiter steigen.

Die Umsatzsteuererhöhung um 3% auf 19% wird einen weiteren Kostenanstieg verursachen. Die Tarifverhandlungen mit ver.di und dem Marburger Bund haben zu Personalkostensteigerungen geführt. Wir erwarten, dass die öffentlichen Fördermittel (Pauschale Fördermittel) weiter zurückgefahren werden.

7. Prognosebericht

Erwartungen über die Entwicklung der Rahmenbedingungen

Die Gesellschaften des Konzerns haben eine gesicherte Marktposition. Insbesondere die medizinischen Bereichen des Konzerns wurden mit Weitsicht ausgebaut und gezielt auf Leistungsgebiete spezialisiert, wie z.B. die internistische Onkologie oder das Ambulante Operieren. Anerkanntermaßen befindet sich die medizinische Versorgung auf einem zeitgemäßen und hohen Niveau. Die hohe Auslastung und steigenden Patientenzahlen werden als eine Bestätigung für den eingeschlagenen Kurs gesehen. Nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung wird der Bedarf an einer spezialisierten und sektoral abgestimmten medizinischen Versorgung zunehmend sein.

Erwartungen über die Branchenentwicklung

Das Gesundheitswesen stellt sich mit einem Anteil von über 10% des Bruttoinlandproduktes als ein bedeutenden Wirtschaftssektor dar. Trotz positiver Entwicklungen muss dieser Bereich stets vor dem Hintergrund politischer Eingriffe und deren Auswirkungen betrachtet werden. Insbesondere müssen die Leistungsanbieter auf mittel- und langfristige Sicht diese Art der Planungsunsicherheit berücksichtigen.

Erwartungen über die Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage

Ein weiterer Anstieg der Belegungszahlen wird erwartet und ist im laufenden Geschäftsjahr bereits eingetreten. In der Konvergenzphase werden auch künftig Budgetausweitungen beim Kreiskrankenhaus Gummersbach durch die Anpassung des hausinternen Basisfallwerts an den Landesbasisfallwert möglich sein. Darüber hinaus wird auch mit einem weiteren Leistungsanstieg im ambulanten Bereich gerechnet. Für das laufende Geschäftsjahr wird ein positives Jahresergebnis erwartet.

Schon vor einigen Jahren wurde begonnen, das Arbeitszeitgesetz konsequent umzusetzen. Heute sind die Einrichtungen daher, auch im Vergleich mit anderen Kliniken, sehr gut aufgestellt. Gleiches lässt sich zu dem Thema Outsourcing feststellen. Bereits vor einigen Jahren wurden Tochtergesellschaften zur Ausgliederung bestimmter Geschäftsfelder erfolgreich gegründet.

Im laufenden Geschäftsjahr wird der leitende Abteilungsarzt der Klinik für Allgemein-, Thorax und Gefäßchirurgie, Herr Dr. Ullrich Hardt, in den Ruhestand treten. Sein Amtsnachfolger wird Herr Privatdozent Dr. Stefano Saad sein. Im Zuge des Führungswechsels und der Neuausrichtung der Abteilung wird mit weiterer Spezialisierung (z.B. dem Aufbau eines kooperativen Darmzentrums) und steigenden Fallzahlen zu rechnen sein.

8. Sonstige Erläuterungen

Qualitätsmanagement

Die im Rahmen der KTQ-Zertifizierung ehemals geschaffenen Strukturen zur Steuerung des Qualitätsmanagements haben sich bewährt und wurden beibehalten. Die aus dem Geschäftsführer, den sechs Kategorieverantwortlichen sowie dem Qualitätsmanagement-Beauftragten bestehende Lenkungsgruppe QM strukturiert das Verbesserungspotential, um es für den Krankenhausbetrieb nutzen zu können. Die Lenkungsgruppe priorisiert die Verbesserungshinweise, entwickelt Themenschwerpunkte und beauftragt Arbeitsgruppen (sog. Qualitätszirkel) mit der Erarbeitung von Lösungen anhand vorgegebener Problemstellungen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden zunächst der Lenkungsgruppe vorgestellt und dann zur Beschlussfassung vom Qualitätsmanagement-Beauftragten an die Betriebsleitung weitergeleitet.

Eine weitere Aufgabe der Lenkungsgruppe ist die Sicherstellung der erfolgreichen Zertifizierung durch Einleitung der hierfür notwendigen Schritte wie z.B. der erneuten Selbstbewertung. Verschiedene Arbeitsgruppen haben sich im Auftrag der Lenkungsgruppe QM im Jahre 2006 mit Qualitätsverbesserungen befasst. So wurden ein Entlassungsmanagement mit integriertem Pflegeüberleitungsbogen, einheitliche Stellenbeschreibungen für alle Beschäftigten, ein Konzept zur Fortbildung in Herz-Lungen-Wiederbelebung und ein Beurteilungsbogen für Mitarbeiter- und Zielvereinbarungsgespräche entwickelt. Weitere Arbeitsgruppen befassen sich mit dem Thema Gewalt im Krankenhaus sowie einer besseren Strukturierung des Qualitätsmanagements sowie der Definition von Qualitätszielen an Hand von Kennzahlen.

Die zur GKD gehörende Zentrale Sterilisationsversorgungsabteilung (ZSV A) hat im Geschäftsjahr 2006 erfolgreich ihr Qualitätsmanagementsystem nach EN ISO 13485:2003 zertifiziert. Besonderer Wert wurde auf die Berücksichtigung der Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes "Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Medizinprodukten" gelegt. Die Beschreibungen des QM-Systems bilden die gesamte Prozesskette der Aufbereitung, beginnend mit der sachgerechten Vorbereitung, dem Transport der zu sterilisierenden Güter über die Reinigung, Desinfektion inkl. Spülung und Trocknung, Prüfung auf Sauberkeit und Unversehrtheit, Pflege, Instandsetzung und Funktionsprüfung, Kennzeichnung, Verpacken, Sterilisation und Freigabe, ab. Damit ist der Grundstein gelegt, weitere Einrichtungen und Einzelpersonen regional, wie überregional, mit Sterilisationsdienstleistungen zu versorgen.

Risk-Management

Im Geschäftsjahr 2006 wurde das praktizierte Risikomanagement grundlegend überarbeitet und softwaregestützt implementiert. Dieses unterstützt die Erfassung, Ausformulierung, Bewertung und Kontrolle der Risiken. Das Projekt zur Einführung des neuen Risikomanagementsystems wurde im Geschäftsjahr 2006 beendet. Seit 2007 läuft der Echtbetrieb. Besonderes Augenmerk wurde auf die Etablierung eines unternehmensweiten Risikomanagement-Regelkreises gelegt. Dieser Regelkreis stellt einen kontinuierlichen Prozessablauf dar und sichert die Verankerung des Risikomanagements in der Unternehmensstruktur.

Gummersbach, den 12. Juli 2007

gez. Joachim Finklenburg
Geschäftsführer

gez. Wolfgang Brodesser
stellv. Geschäftsführer

Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) *(unmittelbare Beteiligung)*
AVEA GmbH & Co. KG *(mittelbare Beteiligung)*

Bergischer Abfallwirtschaftsverband
Braunwerth 1-3, 51766 Engelskirchen
Telefon 02263-8050

AVEA GmbH & Co. KG
Im Eisholz 3, 51373 Leverkusen
Telefon 0214-86680

Öffentlicher Zweck des Verbandes

Der BAV ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes NRW und ein Zweckverband (Körperschaft des öffentlichen Rechts) nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit mit Sitz in Engelskirchen. Der Verband befasst sich mit der Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes, der Entsorgung der im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle und der Beratung über Müllvermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten.

Öffentlicher Zweck der Beteiligung (AVEA GmbH & Co. KG)

Anlagebetrieb zur Verwertung und Entsorgung von Abfällen.

Beteiligungsverhältnisse (AVEA GmbH & Co. KG)

Gezeichnetes Kapital 11.250.000 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

- Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV)	5.625.000 = 50,00 %
- Stadt Leverkusen	5.625.000 = 50,00 %

Der Rheinisch-Bergischer Kreis und der **Oberbergische Kreis** sind paritätisch am Bergischen Abfallwirtschaftsverband und damit „nur“ mittelbar an der AVEA GmbH & Co.KG beteiligt.

Organe (BAV)

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung
Verbandsversammlung

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung (BAV)

Verbandsvorsteher	Herr Hagen Jobi, Landrat OBK
stv. Verbandsvorsteher	Herr Rolf Menzel, Landrat RBK
Vorsitzender der Verbandsversammlung	Herr Udo Klemt
Geschäftsführerin	Frau Monika Lichtinghagen-Wirths

Besetzung des Gremiums Verbandsversammlung (BAV) durch den *Oberbergischen Kreis*

Herr Jochen Hagt	Verwaltung
Herr Ulrich Heu	SPD
Herr Norbert Heß	CDU
Herr Jürgen Marquardt	CDU
Herr Günter Müller	CDU
Herr Reinhold Müller	FDP/FWO
Herr Helmut Schäfer	Grüne
Frau Doris Schuchardt-Kaganietz	SPD
Herr Günter Stricker	CDU

Organe (AVEA GmbH & Co. KG)

Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat
Geschäftsführung

Sonstiges (AVEA GmbH & Co. KG)

gekürzte Konzern-Bilanz zum 31.12.2006
Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 28
Seite 28

AVEA GmbH & Co. KG

Bilanz

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen	97.286.862	99.672.085	104.025.178
Umlaufvermögen	31.361.778	36.456.046	33.433.388
Rechnungsabgrenzungsposten	82.659	46.788	36.652
Bilanzsumme	128.731.299	136.174.919	137.495.217
PASSIVA			
Eigenkapital	49.001.708	45.875.257	41.917.872
Rückstellungen	16.348.046	16.168.888	17.656.104
Verbindlichkeiten	63.222.889	73.936.502	77.911.666
Rechnungsabgrenzungsposten	158.655	194.272	9.575
Bilanzsumme	128.731.299	136.174.919	137.495.217

AVEA GmbH & Co. KG

GuV

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, akt. Eigenleistungen u. sonstige betr. Erträge	88.673.286	79.894.543	91.644.066
Materialaufwand	35.449.416	26.851.031	36.481.050
Personalaufwand	21.096.344	20.905.299	20.977.444
Abschreibungen / sonst. betr. Aufwendungen	21.930.683	22.074.379	24.272.132
Betriebsergebnis	10.196.844	10.063.833	9.913.441
Sonst. Zinsen u. Erträge/Zinsen u. ähnl. Aufw.	-2.201.852	-3.155.268	-4.177.268
Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	0	0	2.534.627
Steuern	1.355.012	1.530.391	4.808.978
Jahresüberschuss	6.639.980	5.378.174	3.461.821
Gewinnvortrag	7.584.121	3.649.867	3.487.675
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	-22.147
Gewinnentnahme	-3.518.429	-1.469.623	-3.257.666
Anteil fremder Gesellschafter a. Jahresübersch.	17.237	25.702	-41.964
Bilanzgewinn	10.722.908	7.584.121	3.627.721
nachrichtlich:			
Zahl der Beschäftigten	434	433	434

Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) *(unmittelbare Beteiligung)*

Postfach 3 41 66
51623 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 92 60-0
Telefax (0 22 61) 92 60-99

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Verkehrs innerhalb des Oberbergischen Kreises und angrenzender Gebiete durch Einrichtung und Betrieb von Kraftomnibuslinien, Linien anderer Verkehrsmittel und Beförderung von Personen im Sinne der Freistellungsverordnung sowie der Betrieb von Gelegenheitsverkehr und der Durchführung aller hiermit im Zusammenhang stehender Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 4.704.000 €

Das o.g. Grundkapital ist in 5.880 Stückaktien zerlegt.
Der Oberbergische Kreis hält davon 2.940 Stück (= 50%).

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	2.352.000 €	=	50,00 %
Stadt Gummersbach	1.254.400 €	=	26,67 %
Stadt Bergneustadt	196.000 €	=	4,16 %
Stadt Waldbröl	156.800 €	=	3,33 %
Stadt Wiehl	163.200 €	=	3,47 %
Stadt Wipperfürth	156.800 €	=	3,33 %
Gemeinde Reichshof	117.600 €	=	2,50 %
Gemeinde Engelskirchen	78.400 €	=	1,67 %
Gemeinde Marienheide	78.400 €	=	1,67 %
Gemeinde Morsbach	78.400 €	=	1,67 %
Gemeinde Nümbrecht	72.000 €	=	1,53 %

Organe

Hauptversammlung
Aufsichtsrat
Vorstand

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2006
Gewinn- und Verlustrechnung
Lagebericht

Seite 31
Seite 32
Seite 33

Fortsetzung **Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)**

Hauptversammlung

Vertreter des *Oberbergischen Kreises* (Wahlperiode 2004 - 2009):

Herr stellv. Landrat Hans-Otto Gries
Frau Kreistagsabgeordnete Corinna Bauer
Herr Kreistagsabgeordneter Michael Stefer
Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Friedrich Wilke
Herr Kreistagsabgeordneter Frank Mederlet
Frau Kreistagsabgeordnete Annelie Theuer

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2006 an

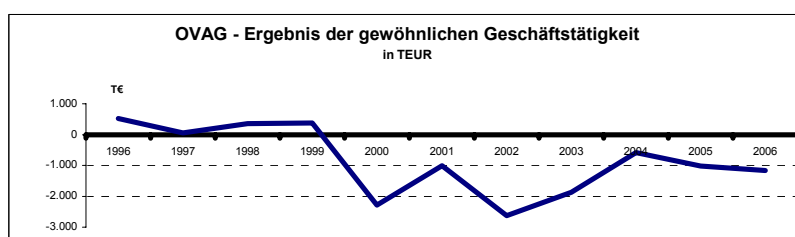
Herr Konrad Frielingsdorf, Gummersbach (Vorsitzender)
Herr Hans-Egon Häring, Gummersbach (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Siegfried Behrendt, Gummersbach (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Volker Dürr, Wiehl
Herr Paul Esser
Herr Werner Gottas, Gummersbach
Herr Frank Helmenstein, Gummersbach
Herr Berthold Kronenberg, Engelskirchen
Herr Gregor Rolland, Reichshof
Herr Dietmar Schreiber, Radevormwald
Herr Manfred Schwarz, Reichshof
Herr Rainer Sülzer, Gummersbach
Herr Uwe Töpfer, Marienheide
Herr Prof. Dr. Friedrich Wilke, Gummersbach
Herr Kreistagsabgeordneter Ralf Wurth, Wipperfürth

OVAG

Bilanz

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
AKTIVA			
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0	0	0
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	213.926	64.757	108.125
Sachanlagen	3.670.381	4.687.491	2.979.750
Finanzanlagen	2.248.301	2.069.704	1.704.047
Umlaufvermögen			
Vorräte	86.721	45.271	48.728
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.284.492	2.546.390	2.966.526
Wertpapiere	0	0	0
Bankguthaben	7.117.039	6.746.920	6.368.847
Rechnungsabgrenzungsposten	9.626	8.810	8.696
Bilanzsumme	15.630.487	16.169.342	14.184.717

PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	4.704.000	4.704.000	4.704.000
Kapitalrücklagen	233.331	233.331	233.331
Gewinnrücklagen	1.123.978	1.123.978	1.123.978
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	0
Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.249.546	1.745.919	0
Rückstellungen	5.458.140	5.113.885	5.245.280
Verbindlichkeiten			
aus Lieferung und Leistung gegenüber Unternehmen	500.645	625.581	460.422
gegenüber verbundenen Unternehmen	19.241	3.120	32.029
gegen Gesellschafter	185.302	540.800	0
sonstige Verb.	0	0	200.213
Rechnungsabgrenzungsposten	574.985	128.175	180.137
Bilanzsumme	1.581.319	1.950.552	2.005.328



OVAG

GuV

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Umsatzerlöse	17.655.905	17.690.751	18.423.719
sonstige betriebliche Erträge	2.561.206	2.376.885	1.787.919
Materialaufwand	12.691.436	12.382.627	12.143.631
Personalaufwand	5.542.363	4.967.014	4.705.134
Abschreibungen	591.293	736.546	630.336
sonst. betrieb. Aufwand	2.707.712	3.076.817	3.157.749
Betriebsergebnis	-1.315.694	-1.095.368	-425.212
Erträge aus Beteiligungen	234	234	195
Erträge aus Gewinnabführung	43.690	0	0
Zinsen und ähnliche Erträge	205.615	160.444	120.967
Abschr. auf Finanzanlagen und Wertpapiere	43.895	25.498	109.682
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	115	5.017	33.812
Aufwendungen aus Verlustübernahme	59.300	54.300	137.494
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit *	-1.169.465	-1.019.505	-585.039
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-67.825	0	0
sonstige Steuern	14.827	14.854	14.748
Erträge aus Verlustübernahme	1.116.467	1.034.359	599.787
Jahresüberschuss/-fehlbetrag *	0	0	0

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Anlagenintensität	39,2%	42,2%	33,8%
Eigenkapitalquote (incl. 50 % d. SoPo)	42,8%	42,9%	42,7%
Fremdkapitalquote (incl. 50 % d. SoPo)	57,2%	57,1%	57,3%
Aufwandsdeckungsgrad (über Umsatzerlöse)	94,4%	95,2%	97,2%
Investitionen, brutto	340 T€	1.137 T€	1.198 T€
Liquiditätsstatus, kurzfristig	137,8%	134,3%	131,9%
eigene Mitarbeiter (Verw. / Fahrbetrieb / Ausbildung)	15 / 82 / 4	15 / 81 / 4	102
Fahrzeuge (ohne angemietete KFZ)	73	72	78
Kunden (Angaben in Fahrten, in Mio.)	16,23	16,07	16,77
eigene Fahrleistungen TKm	2.653	2.648	2.879
Fahrleistung TKm (unmittelbare Auftragsverhältnisse)	5.389	5.544	5.585

* Der Oberbergische Kreis gleicht den Verlust der Gesellschaft im Linienverkehr auf vertraglicher Basis aus. Die Vereinnahmung des Ertrages aus der Verlustübernahme führt zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Fortsetzung **Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)**

Bericht zur Lage der Gesellschaft

Gesamtwirtschaftliche Lage

Nach Jahren schwacher Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit gab es im Jahr 2006 erstmals mit 2,5 % wieder spürbares Wachstum, gleichzeitig reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen. Die Energiekosten blieben auf einem hohen Niveau.

Ein linearer Zusammenhang für die Branche des öffentlichen Personennahverkehrs kann nicht gezogen werden. Nach vorläufigen Angaben des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen stieg die Zahl der Fahrgäste um 1,9 % an. Offensichtlich führt das deutlich teurer gewordene Autofahren dazu, dass häufiger Bus und Bahn genutzt werden. Die Einnahmen aus dem Fahrscheinverkauf stiegen um 3,1 %.

Im Verkehrsverbund Rhein-Sieg stieg die Zahl der Fahrgäste bereinigt um 1,1 %. Der Weltjugendtag 2005 und die Fußball WM im Jahr 2006 haben deutliche Sondereffekte hinterlassen. Gut entwickelten sich auch die Fahrgelderlöse, hier gab es ein Plus von 6,2 %. Gerade im Zeitkartenbereich gab es bei Abonnements, JobTickets und SchülerTickets Zuwächse.

Geschäftliche Entwicklung

Im Liniennetz der OV AG gab es 1,4 % mehr Kundenfahrten. Damit bestätigte sich auch für die oberbergische Region der bundesweite Trend. Bei den Zuwächsen in den einzelnen Kundengruppen ist die Entwicklung ähnlich wie im VRS. Der Einnahmenezuwachs aus Fahrgelderlösen betrug rd. 7 %. Insgesamt wurde über alle Verkehrsarten gerechnet 16,2 millionenmal der Bus genutzt. Die stärkste Kundengruppe sind die Schüler und Auszubildende. Ihr Anteil beträgt rund 74,8 %. Zählt man die Stammkunden aus dem Erwachsenen- und Schüler-/Auszubildendenbereich zusammen, so nutzten ca. 17.300 Bürger fast werktätig den Bus in unserer Region, eine Steigerung von rd. 3,4 %.

Das Fahrplanangebot blieb nahezu konstant. 5.864.235 Fahrplankilometer im Linienverkehr wurden angeboten. Zur Erstellung der Gesamtbedarfsleistung wurden 8.041.593 Kilometer gefahren. 33 % wurden mit eigenen Fahrzeugen erstellt, die RVK und VBL erbrachten ebenfalls rd. 33 %. Auf die einzelnen Verkehrsarten bezogen wurden 79,3 % im Linienverkehr, 21,6 % im freigestellten Verkehr und 0,1 % im Gelegenheitsverkehr erbracht.

Beschäftigung

Der Personalbestand blieb nahezu konstant. Am Jahresende waren 91 Vollzeitbeschäftigte, 6 Teilzeitbeschäftigte und 4 Auszubildende im Unternehmen aktiv. Gemäß den Bestimmungen des § 267 HGB waren im Jahresdurchschnitt 96,5 Mitarbeiter beschäftigt. Das Unternehmen beteiligt sich derzeit an einem Modellprojekt, um Innovationsstrategien mit alternder Belegschaft zu erarbeiten.

Investitionen und Verträge

Nach Umstellung des gesamten Fahrzeugparks auf Niederflrbusse, wird bei zukünftigen Beschaffungen der verstärkte Akzent auf die Schadstoffreduzierung gelegt. Aktuell stehen jedoch keine Ersatzbeschaffungen an. Zurzeit erfolgt die Einführung einer Betriebsdatenerfassung mittels Mobilfunk und eines Fahrgastinformationssystems. Die ersten Komponenten wurden im Jahr 2006 geliefert. Die Fertigstellung ist für 2007 vorgesehen. Die Gesamtinvestition beträgt ca. 340 T€ brutto.

Im Jahr 2006 wurden erstmals die Auswirkungen von zwei wichtigen Verträgen spürbar. Der mit dem Aufgabenträger Oberbergischer Kreis geschlossene Vertrag über gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen greift zum 01.01.2006. Die in diesem Vertrag vereinbarten verkehrlichen und wirtschaftlichen Ziele wurden erfüllt. Des Weiteren gilt für das Jahr 2006 ff ein befristeter Ergebnisabführungsvertrag zwischen der OV AG, der VBL und der RVK.

Bilanz

Die Bilanzsumme beträgt 15.630.487,14 €. Das Bilanzvolumen nahm damit um 3,3 % ab. Das Anlagevermögen verminderte sich um 689 T€, Hauptursache, die abschreibungsbedingte Verringerung des Sachanlagenwertes. Im Bereich der Finanzanlagen wurden die Wertpapiere zur Finanzierung zukünftiger Pensionsverpflichtungen aufgestockt. Im Umlaufvermögen gab es bei stabilen Forderungen eine Mehrung der Barmittel. Wesentliche Ursache waren erhaltene, aber noch nicht abgerechnete Investitionszuschüsse für eine Anlage im Bau. Insbesondere enthält die Position 111 des Umlaufvermögens Finanzmittel zur Tüftung von Investitionen. Die Posten des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz blieben im Jahr 2006 unverändert. Die Eigenkapitalquote von 38,8 % ist nach wie vor ausreichend bemessen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse nahm zeitlich bestimmt und ratierlich ab. Die Rückstellungen und die Verbindlichkeiten nahmen zu, der Rechnungsabgrenzungsposten reduzierte sich.

Erfolgsrechnung

Bei stabilen Umsatzerlösen entwickelte sich die G + V trotz der kritischen Rahmenbedingungen noch zufriedenstellend. Die Einzelentwicklungen innerhalb der Umsatzerlöse machen jedoch die veränderte Situation deutlich. Gute Zuwächse bei den Fahrgeldeinnahmen, aber sehr starke Rückgänge bei den gesetzlichen Ausgleichszahlungen. Die in den letzten Jahren beschlossenen Kürzungsmaßnahmen der Bundes- und Landesregierung entfalten immer noch ihre Wirkung in unserer Ergebnisrechnung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge trugen mit 2,56 Mio. € zu der Gesamtleistung des Unternehmens bei, davon steuerte allein die Auflösung von Rückstellungen einen positiven Effekt von 1 Mio. € bei. Die Aufwendungen im Materialbereich sind ausschließlich preisbedingt gestiegen. Im Personalaufwand wirkt die Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern erhöhend, während die reinen Lohnkosten zurückgeführt werden konnten.

Insgesamt erhöhten sich die Aufwendungen um 1,7 %. Das Betriebsergebnis verschlechterte sich erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr. Dank eines positiven finanzwirtschaftlichen Ergebnis und der Ausschüttung eines Überschusses durch die VBL ist das zu deckende Ergebnis mit 1.116.427,03 € deutlich besser im Vergleich zu den Planvorgaben.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken

Der seit dem 01.02.2004 im VRS neu strukturierte Tarif erzeugt auch Einnahmenveränderungen. Ab dem 01.01.2006 soll die Einnahmenaufteilung zwischen den Verkehrsunternehmen nach einem neuen Schlüssel erfolgen. Dieser ist jedoch noch nicht verbindlich beschlossen, sodass sich noch Zuscheidungsveränderungen bei den Verkehrserlösen auswirken können. Die Kürzungen bei den Ausgleichszahlungen für die rabattierte Schülerbeförderung werden im Jahr 2007 ihren vorläufigen Höhepunkte erreichen und gegenüber dem Jahr 2003 einen Einnahmenverlust von 1.158.000 € verursachen. Im Rahmen eines neuen Gesetzesvorhabens des Landes NRW sind jedoch schon weitere Kürzungen von ÖPNV-Fördermittel für die Verkehrsunternehmen angekündigt.

Die Energiepreise, vornehmlich die Dieselbezugskosten, haben in den vergangenen Jahren zu erheblicher Kostenbelastung geführt. Inwieweit die Erwartung entritt, dass langsam eine Beruhigung des Preisauftriebes erfolgt, kann nicht verbindlich prognostiziert werden.

Die wesentlichen Risiken für die Gesellschaft liegen in neuen Gesetzesvorhaben. Vornehmlich ist die in der Beschlussfassung befindliche neue EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße. Aber auch die Novellierung des NRW-Verkehrsgesetzes wird Veränderungen und Einschnitte bringen. Hieraus könnten sich gravierende Veränderungen für das Unternehmen ergeben. Die Rohstoffrisiken dagegen sind vernachlässigbar. Währungsrisiken bestehen nicht. Konjunkturrisiken sind derzeit nicht erkennbar.

Konzernbetrachtung

Die allgemeine Entwicklung der ÖPNV-Branche, wie auch die zuvor beschriebenen Risiken, gelten gleichermaßen auch für den Konzern. Im Konzern gab es bei einem stabilen Leistungsangebot einen Zuwachs an Kunden um 0,6 % auf 18,76 Mio. Fahrten im Jahr. Durch weitere Optimierungsmaßnahmen konnte der Fahrzeugeinsatz effizienter gestaltet werden und somit Leerkilometer wie auch die Kapazitätsspitze der Fahrzeuge reduziert werden. Die Eigenproduktion wurde bei diesen Maßnahmen gestärkt und die Quote stieg um 2,85 %. Der Personalbestand stieg auf 136 Mitarbeiter, dabei wurde auch der Bereich Berufsausbildung verstärkt.

Die Bilanzsumme sank um 3,3 % auf 16.786.557,37 €. Maßgeblich auf der Aktivseite ist die abschreibungsbedingte Reduzierung des Anlagevermögens, auf der Passivseite liegen die größten Veränderungen in der Verringerung des Sonderpostens für die Investitionszuschüsse und der Rechnungsabgrenzung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Umsatzzuwachs von 0,8 % auf 20.324.733,56 € aus. Die Einnahmen aus den Fahrgelderlösen entwickelten sich gut. Die Einnahmen auf Grund gesetzlicher Ausgleichszahlungen waren erneut sehr stark rückläufig. Die Aufwendungen legten um 1,6 % zu.

Das Ergebnis wurde getragen einerseits durch gute Erträge aus periodenfremden Erlösen und erfolgswirksamen Rückstellungsaufösungen sowie andererseits durch die Übernahme der Aufwandsunterdeckung im Linienverkehr durch den Oberbergischen Kreis. Das positive Ergebnis wurde dazu verwendet, die Rücklagen zu stärken.

Das laufende Wirtschaftsjahr 2007 beginnt mit stabilen Erlösen aus dem Fahrausweisverkauf und weiterhin rückläufigen Ausgleichszahlungen für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Schülerverkehr. Die Aufwendungen bewegen sich im Rahmen der allgemeinen Preisveränderungen.

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) *(mittelbare Beteiligung)*

Krebsgasse 5 - 11
50667 Köln
Telefon (02 21) 20 80 8-0
Telefax (02 21) 20 80 8-40

E-Mail: info@vrsinfo.de
Internet: www.vrsinfo.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Sie nimmt für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes im Sinne des § 8 Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz Aufgaben wahr.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 240.000,00 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	Mittelbare Beteiligung über Zweckverband VRS
Zweckverband VRS	240.000,00 € = 100 %

Die VRS GmbH ist seit dem 1. Januar 2004 eine 100%ige Tochtergesellschaft des *Zweckverbandes VRS*. Bei der Modifizierung der Eigentumsverhältnisse wurden sämtliche Geschäftsanteile der Kommunen an der *VRS – GmbH* auf den Zweckverband übertragen. Der **Oberbergische Kreis** ist damit „nur“ noch mittelbar über den Zweckverband VRS an der VRS GmbH beteiligt.

Organe

Gesellschafterversammlung
Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Beirat

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2006
Gewinn- und Verlustrechnung
Lagebericht

Seite 37
Seite 38
Seite 39

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS)

Bilanz

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	529.671	675.820	546.446
Sachanlagen	407.956	443.201	442.139
Finanzanlagen	1.482.270	1.425.527	1.448.491
Umlaufvermögen			
Vorräte	3.666	9.715	9.775
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.267.669	728.961	1.390.696
Bankguthaben	7.711.247	9.586.380	6.382.251
Rechnungsabgrenzungsposten	30.668	20.271	20.537
Bilanzsumme	11.433.148	12.889.875	10.240.334
PASSIVA			
Eigenkapital	240.000	240.000	240.000
Sonderposten für Investitionszuschüsse	436.689	475.892	438.905
Rückstellungen	2.232.363	2.072.128	1.836.229
Verbindlichkeiten			
aus Lieferung und Leistung	1.332.012	1.575.539	1.464.630
sonstige Verb.	7.192.084	8.526.317	6.260.569
Bilanzsumme	11.433.148	12.889.875	10.240.334

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS)

GuV

	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	EUR	EUR	EUR
Zuschüsse	5.754.298	5.814.938	5.995.534
Erstattungen	2.080.567	2.096.600	1.906.233
Sonstige betriebliche Erträge	2.743.940	2.560.755	3.073.747
Sachaufwand	5.572.490	5.481.529	6.875.515
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.615.418	2.554.828	2.361.287
b) Soziale Abgaben (Altersversorgung)	770.241	782.350	680.902
Abschreibungen	512.697	488.174	364.910
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.279.921	1.152.622	821.562
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen	69.464	71.345	71.633
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	174.153	108.104	116.115
Abschr. Auf Finanzanlagen/Wertpapiere	51.711	27.555	10.349
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.626	4.374	12.064
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.318	160.310	36.674
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17.318	160.310	36.674
Jahresüberschuss	0	0	0

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Anlagenintensität	21,2%	19,7%	23,8%
Eigenkapitalquote	4,0%	3,7%	4,5%
Fremdkapitalquote	96,0%	96,3%	95,5%

Nach Übertragung ihrer Geschäftsanteile an der *VRS-GmbH* auf den *Zweckverband VRS* leisten die Gebietskörperschaften im VRS anstelle ihres bisherigen Betriebskostenzuschusses an die *VRS-GmbH* nunmehr eine Umlage in jeweils unveränderter Höhe an den alleinigen Gesellschafter *Zweckverband VRS*. Dieser leitet den Betrag an die *VRS-GmbH* weiter. Der Oberbergische Kreis leistet z. Z. eine Umlage in Höhe von 67.000 € (vgl. Hhst. 8200.7154)

Fortsetzung **Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS)**

Lagebericht

Die zuständigen Beratungs-, Entscheidungs- bzw. Kontrollgremien der Verbundgesellschaft haben sich im Geschäftsjahr 2006 in mehreren Sitzungen mit verbundrelevanten bzw. den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Aufgaben beschäftigt. Die Gremien tagten wie folgt:

- Gesellschafterversammlung 2 Sitzungen
- Aufsichtsrat 3 Sitzungen
- Beirat 6 Sitzungen

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH) nimmt für ihre Gesellschafter bzw. die im VRS-Gebiet tätigen kommunalen und privaten Verkehrsunternehmen sowie die Regionalbahn Rheinland GmbH Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs wahr. Hierzu zählt insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifes. Die Verbundgesellschaft betreibt darüber hinaus Marktforschung und erstellt auf Basis dieser Ergebnisse zielmarktbezogene Marketingkonzepte. Ein weiteres zentrales Arbeitsfeld ist die Erfassung und Aufteilung der Einnahmen aus dem Verbundtarif. Die in den Jahren 2004 und 2005 durchgeführten umfassenden Verkehrszählungen im gesamten Verbundgebiet bilden die Grundlage für die Einnahmenabrechnungen der Jahre 2006 bis einschließlich 2008. Hierzu hat der Beirat in seiner Frühjahrssitzung entsprechende Entscheidungen gefällt. Gleichzeitig wurde vereinbart, für 2008 eine neue Verkehrszählung in Auftrag zu geben, die für die Jahre 2009 bis 2011 die Abrechnungsgrundlage bilden soll.

Für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg übernimmt die VRS GmbH die konzeptionelle Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) im Verbundraum Rhein-Sieg. Im Jahr 2006 hat die Verbundgesellschaft für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg ein Wettbewerbsverfahren im SPNV erfolgreich abgeschlossen. Auf der Regionalbahnstrecke RB 26 Köln - Koblenz wird ab Fahrplanwechsel 2008/2009 die Transregio GmbH den Betrieb aufnehmen. Zur Bewältigung ihrer durch den Gesellschaftsvertrag bzw. durch Kooperationsverträge vorgegebenen Aufgabenstellungen erhält die Verbundgesellschaft gemäß ÖPNV-Gesetz NRW über den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg eine an den Einwohnerzahlen der Region ausgerichtete Verbundpauschale in Höhe von ca. 2,2 Mio. €; des Weiteren zahlt das Land an den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg eine Aufgabenträgerpauschale in Höhe von 350 Tsd. €, davon führt der Zweckverband bis Ende 2007 noch 50 Tsd. € an die gemeinsame Managementgesellschaft „Agentur Nahverkehr NRW GmbH“ ab.

Ab dem Wirtschaftsjahr 2008 werden sich die Finanzierungsgrundlagen für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg und damit auch für die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH deutlich ändern. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf zum ÖPNV-Gesetz NRW sieht vor, dass sich die bisher neun Zweckverbände zu drei Kooperationsräumen zusammenschließen. Danach sollen sich der Zweckverband AVV und der Zweckverband VRS zu einem gemeinsamen Dachzweckverband Rheinland (Arbeitstitel) zusammenschließen. Die Zweckverbandsversammlung des ZV Rheinland soll zukünftig die Entscheidungen über die dem Dachzweckverband übertragenen Aufgaben im Hinblick auf die Förderung der ÖPNV-/SPNV-Infrastruktur treffen. Des Weiteren liegt bei ihr die Entscheidungskompetenz über Planung, Organisation, Ausgestaltung und Finanzierung des SPNV für den gesamten Kooperationsraum.

Zur Wahrnehmung seiner Infrastrukturförderzuständigkeit und seiner SPNV-Planungs- und Finanzierungsaufgaben benötigt der neue Dachzweckverband eine funktionierende operative Einheit. Da die operative Einheit hoheitliche Aufgaben wahrnehmen muss, bietet sich eine öffentlich-rechtliche Lösung über eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) an. Derzeit wird geprüft, welche Lösung unter kommunalrechtlichen und steuerlichen Gründen zweckmäßig ist.

Sollte es zu einer Verlagerung der SPNV-Aufgabenwahrnehmung aus der Verbundgesellschaft in die Dachorganisation kommen, wäre damit auch eine Stellen-, Kosten- und Zuschussverlagerung verbunden.

Neben den organisatorischen Anpassungen wird sich auch das Finanzierungsverfahren für die Verbundgesellschaft ab 1. Januar 2008 ändern. Die Verbundförderung in Höhe von landesweit 12 Mio. € wird ab 1. Januar 2008 integriert in die Zuwendungen, die das Land NRW für die Finanzierung der SPNV-Leistungen zur Verfügung stellt. Landesweit werden ab 2008 800 Mio. € für die Bestellung von SPNV-Leistungen bereit gestellt. Dieser Betrag soll jährlich mit dem Faktor 1,015 dynamisiert werden. Der gemeinsame Kooperationsraum AW und VRS erhält nach derzeitigem Kenntnisstand etwa 182,3 Mio. €. Der Gesetzentwurf des Landes NRW sieht vor, dass davon maximal 3 % zur Finanzierung der „Overheadkosten“ (Verbundaufgaben) verwendet werden dürfen. In den Kooperationsgesprächen mit dem AVV ist abzustimmen, welche Beträge zur Finanzierung der Dachorganisation benötigt werden und welche Beträge dann den einzelnen Verbundgesellschaften zur Abdeckung ihrer „Overheadkosten“ zur Verfügung gestellt werden. Zur Finanzierung der derzeitigen Aufgaben der Verbundgesellschaft werden für das Haushaltsjahr 2008 voraussichtlich 2,5 Mio. € benötigt. Unter Berücksichtigung der zukünftigen Kostenentwicklung sollte dieser Betrag in den nächsten Jahren mit dem Faktor 1,015 ebenfalls dynamisiert werden.

Die aktuelle Finanzlage der VRS GmbH für das Geschäftsjahr 2007 ist stabil. Das Land NRW hat am 06. Februar 2007 den Bescheid über die Verbundförderung in Höhe von 2.179.858,63 € erteilt. Für alle in Bearbeitung befindlichen Förderprojekte liegen Zuwendungsbescheide für das laufende Jahr vor. Aufgabenträger sowie Verkehrsunternehmen haben die 1. Rate ihrer Grundbeiträge für das Jahr 2007 an die Gesellschaft geleistet. Die für die gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen durchzuführenden Marketingmaßnahmen erforderlichen Finanzmittel, insbesondere zur Finanzierung der Fahrgastinformation werden von diesen fristgerecht zur Verfügung gestellt.

Die im Haushaltsjahr 2006 nicht verbrauchten Finanzmittel werden - wie im Wirtschaftsplan 2007 vorgesehen - zur Finanzierung nicht gedeckter Aufwendungen in den Folgejahren verwendet. Die noch zu erstellende Mittelfristige Finanzplanung 2008 - 2011 wird die Geschäftsführung der VRS GmbH Mitte 2007 vorlegen, wenn das ÖPNV-Gesetz vom Landtag verabschiedet worden ist und die Eckpunkte der zukünftigen Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner AVV vereinbart sind. Unverändert bleiben nach derzeitigem Kenntnisstand in den Folgejahren die Finanzbeiträge der Gesellschafter der VRS GmbH sowie der Verkehrsunternehmen.

Auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung wurde geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GONW).

Köln, 16. April 2007

Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) *(mittelbare Beteiligung)*

Kölner Str. 237
51645 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 92 60-50
Telefax (0 22 61) 92 60-52

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen, insbesondere die Planung, Organisation und Durchführung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs im Oberbergischen Kreis zur Bedienung der Bevölkerung mit bedarfsgerechten und finanziell tragbaren Verkehrsleistungen.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 200.000 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis
(Stand: 01.01.2005)

Oberbergischer Kreis	Mittelbare Beteiligung über OVAG
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG	150.000 € = 75,0 %
Regionalverkehr Köln GmbH	50.000 € = 25,0 %

Zum 01. Januar 2005 hat sich der Anteilsbesitz an der Gesellschaft verändert. Die neuen Eigentumsverhältnisse sind: OVAG 75 %, RVK 25%. Die Option der Mehrheitsübernahme war schon in 2001 verabredet worden. Die OVAG hat diese Option nach Beschluss ihrer Gremien gezogen, um den oberbergischen Einfluss weiter zu stärken. Der Oberbergische Kreis ist „nur“ mittelbar über die OVAG an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH beteiligt.

Organe

Gesellschafterversammlung
Geschäftsführung

Dipl.–Betriebsw. Karl Heinz Schütz

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2006 Seite 42
Gewinn- und Verlustrechnung Seite 42
Lagebericht Seite 43

Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) Bilanz

	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	EUR	EUR	EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Sachanlagen	778.981	971.559	660.302
Umlaufvermögen			
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	730.026	1.133.287	583.280
Bankguthaben	585.702	152.283	119.597
Bilanzsumme	2.094.709	2.257.128	1.363.179

PASSIVA

Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	100.000
Gewinnrücklagen	80.000	0	0
Verlustvortrag	0	-43.827	-17.863
Jahresergebnis	0	30.663	-25.964
Sonderposten für Zuschüsse	354.399	442.999	0
Rückstellungen	199.468	237.928	247.288
Verbindlichkeiten	1.182.587	1.304.499	996.910
Rechnungsabgrenzungsposten	78.255	84.867	62.808
Bilanzsumme	2.094.709	2.257.128	1.363.179

Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) GuV

	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	8.939.204	8.574.653	7.978.748
Sonstige betriebliche Erträge	241.505	203.170	160.443
Materialaufwand	7.319.723	6.949.144	6.781.046
Personalaufwand	1.078.873	964.831	791.474
Abschr. auf Vermögensgegenstände	194.168	242.493	88.229
Sonst. betriebliche Aufwendungen	424.388	542.398	388.589
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	3.617	250	2.445
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.263	30.981	19.479
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	140.910	48.226	72.819
Steuern vom Einkommen u. vom Ertrag	1.055	17.563	98.783
abgeführte Gewinne	46.690	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	93.165	30.663	-25.964
Verlustvortrag	-13.165	0	0
Einstellung in Gewinnrücklagen	-80.000	0	0

Lagebericht der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH

Im Jahr 2006 stabilisierte sich das Geschäft zunehmend. Unabhängig von der allgemeinen wirtschaftlichen Verbesserung in der Bundesrepublik wirkten bei der VBL eingeleitete Konsolidierungsmaßnahmen und Preiseffekte.

Im Geschäftsfeld Linienverkehr reduzierte sich der Leistungsumfang um 3,6 %. Die Erbringung der Linienverkehrsfahrleistung erfolgt in Kooperation mit den beiden Gesellschaftern und einigen Privatunternehmen. Der unternehmenseigene Anteil beträgt 35 %. Im Bereich des Auftragsverkehrs werden die Fahrleistungen durch Eigenleistung und den Einsatz der Regionalverkehr Köln GmbH erstellt. Das gesamte Fahrleistungsvolumen betrug 2.388.383 km, davon werden durch eigene Personale 1.349.147 km gefahren.

Die VBL besitzt derzeit 9 eigene Standardniederflurbusse und die Beschaffung von 2 NL Bussen ist eingeleitet. Geschäftsräume und Hallen sind angemietet. Die Verwaltung wird im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen mit den Gesellschaftern abgewickelt. Die VBL beschäftigte am Jahresende 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hauptsächlich im Fahrdienst. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Jahresschnitt um 10 %. Eine stetige Schulung der Mitarbeiter wird zur Sicherung der Qualität durchgeführt.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich um rund 4,25 % auf 8.939.204,03 €. Eine Umsatzsteigerung wurde sowohl bei den Erlösen im Linienverkehr wie auch bei den Einnahmen im Auftragsverkehr erzielt. Als nach wie vor unbefriedigend entwickeln sich die gesetzlichen Ausgleichszahlungen für die rabattierte Schülerbeförderung und für die Freifahrten von Schwerbehinderten. In 2006 ist erneut ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Ausschlaggebend hierfür sind die von den Fördergebern Bund und Land beschlossenen Kürzungen.

Eine positive Wirkung auf das Jahresergebnis haben hohe periodenfremde Erlöse. Der größere Geschäftsumfang wie auch die höheren Einkaufspreise führten zu einer Zunahme der Aufwendungen bei der Dieselbeschaffung, den Anmietleistungen und den Personalkosten. Rückgänge wurden verbucht bei den Abschreibungen – investitionsbedingt und den sonstigen Aufwendungen - wegen geringerem Rückstellungsbedarf. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit schließt mit einem positiven Saldo.

Das Ergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 93 T€ verbessert werden. Ausschlaggebend waren die zuvor beschriebenen Sonderentwicklungen der periodenfremden Erlöse.

Zum 01.01.2006 ist ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der VBL und ihrem Gesellschafter OVAG wirksam geworden. Dadurch werden sowohl die steuerlichen Verhältnisse berührt wie auch die Ergebnisverwendung. Zur Stärkung der Kapitalbasis und Vorbeugung zukünftiger Ergebnisschwankungen soll eine Gewinnrücklage gebildet werden.

Die Bilanzsumme verringerte sich um 162 T€ auf 2.094.709,30 €. Die abschreibungsbedingte Reduzierung des Anlagevermögens bildet die Hauptursache für den Aktivrückgang. Im Umlaufvermögen heben sich die Veränderungen zwischen Forderungen und Bankguthaben auf. Auf der Passiva verteilt sich der Summenrückgang auf mehrere Positionen.

Das Kapital beträgt unverändert 200.000 €. Der bisherige Verlustvortrag wurde dank eines guten Jahresergebnisses zum Ausgleich gebracht. Die noch andauernde Steuerfestsetzung für die Jahre 2001 und 2002 erfordert nach wie vor die Bildung von hohen Steuerrückstellungen. Den allgemeinen Abrechnungsrisiken bei der Verbundabrechnung und der Bewilligung gesetzlicher Ausgleichszahlungen wurde durch Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen.

Besondere Währungsrisiken bestehen nicht und die Rohstoffrisiken beschränken sich auf den Dieselbezug. Die besonderen Risiken bestehen vor allen Dingen in den sich anbahnenden gesetzlichen Änderungen auf europäischer und nationaler Ebene. Die finanzielle Förderung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr wird drastisch beschnitten. Dies spürt die VBL schon seit 2005 und wird auch zukünftig zu starken finanziellen Belastungen führen.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist weiterhin als schwierig zu bezeichnen. Ziel ist es, die Quote der Eigenproduktion weiter zu erhöhen, um derzeitige Kostenunterschiede nutzen zu können. Eine Verbesserung der Spanne von Kosten und Erträgen durch den Preisfaktor wird voraussichtlich nicht umsetzbar sein.

Gummersbach, 30 . März 2007

Die Geschäftsführung

Radio Berg GmbH & Co. KG (unmittelbare Beteiligung)

An der Schüttenhöhe 1a
51643 Gummersbach

Telefon (02 21) 4 99 67-111
Telefax (02 21) 4 99 67-199

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gesellschafter und Veranstaltergemeinschaft gewährleisten die Bereitstellung von technischen Einrichtungen und sonstigen erforderlichen Mitteln zur Durchführung des lokalen Rundfunks im Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis gemäß Landesrundfunkgesetz.

Beteiligungsverhältnisse

Kommanditkapital 511.291,88 €

Komplementärin ist die Radio Berg GmbH, Gummersbach.

Die Kommanditisten sind mit nachstehenden Hafteinlagen wie folgt beteiligt:

Oberbergischer Kreis	32.211,39 € = 6,3 % (63.000 DM)
Rundfunk Holding Gesellschaft:	383.468,91 € = 75,0 %
Rheinisch-Bergischer Kreis:	63.911,49 € = 12,5 %
Stadt Gummersbach:	10.737,13 € = 2,1 %
Stadt Wiehl:	10.225,84 € = 2,0 %
Stadt Bergneustadt:	4.601,63 € = 0,9 %
BGW GmbH, Gemeinde Lindlar	4.601,63 € = 0,9 %
Gemeinde Nümbrecht:	1.533,88 € = 0,3 %

Mit Wirkung zum 01.01.2003 hat die *Stadtwerke Wiehl GmbH*, ihre Anteile an der Gesellschaft auf die *Stadt Wiehl* übertragen.
Eine Eintragung in das Handelsregister ist bislang nicht erfolgt (Stand: Februar 2007).

Organe

Gesellschafterversammlung
Geschäftsführung

Dietmar Henkel

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2006
Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 46
Seite 47

Radio Berg GmbH & Co. KG

Bilanz

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.752	2.994	2.886
Sachanlagen	142.739	145.937	150.500
Finanzanlagen	37.153	25.565	25.565
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	793.277	1.108.823	691.256
Kassenbestand	23	38	252
Rechnungsabgrenzungsposten	1.750	2.250	172
Bilanzsumme	978.694	1.285.606	870.630
PASSIVA			
Eigenkapital			
Kommanditkapital	511.292	511.292	511.292
-Bilanzverlust der Kommanditisten			
Rückstellungen	12.500	97.930	94.080
Verbindlichkeiten			
aus Lieferung und Leistung	39.687	33.158	40.672
gegenüber verbundenen Unternehmen	0	243	259
gegenüber Gesellschaftern	363.445	578.951	186.613
sonstige Verb.	51.770	64.032	37.715
Bilanzsumme	978.694	1.285.606	870.630

Radio Berg GmbH & Co. KG

GuV

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Umsatzerlöse	1.799.231	2.097.582	1.595.340
sonstige betriebliche Erträge	186.878	202.859	176.431
Personalaufwand	2.025	4.432	5.702
Zwischenergebnis	1.984.083	2.296.009	1.766.068
Abschreibungen	31.954	54.196	37.304
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.553.273	1.587.539	1.543.796
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.245	8.947	4.116
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14.974	1.048	4.203
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	397.128	662.171	184.881
Steuern vom Ertrag	62.905	109.530	25.405
sonstige Steuern	309	236	105
Jahresüberschuss	333.914	552.406	159.371

Der Jahresabschluss 2006 und die Gewinnverteilung wurden in der Gesellschafterversammlung am 26. März 2006 genehmigt. Bei einer Beteiligung von 6,3 % erhält der Oberbergische Kreis einen "Gewinnanteil" in Höhe von 22.470 € (einschließlich Zinsen).

Gewinnverteilung für den
Oberbergischen Kreis (vgl. Hhst. 7600.2100):

Rechnungsergebnis 2005: 10.040 €
Rechnungsergebnis 2006: 35.672 €
Rechnungsergebnis 2007: 22.470 €

Auszug aus dem Lagebericht 2006:

"Das Geschäftsjahr 2006 der Radio Berg GmbH & Co. KG, Gummersbach, schließt mit einem Jahresüberschuss von TEUR 334 ab. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Ergebnisrückgang um TEUR -218 (40%). Das für 2006 mit TEUR 85 geplante Ergebnis wird jedoch deutlich übertroffen."

Oberbergische Aufbau GmbH (unmittelbare Beteiligung)

Moltkestr. 34
51643 Gummersbach

Telefon (0 22 61) 88 61 00
Telefax (0 22 61) 88 61 23

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft sind die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen, die Förderung und Ansiedlungsplanung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, die Förderung der Siedlung der Siebenbürger Sachsen und anderer Siedlungsmaßnahmen im Oberbergischen Kreis. Die Gesellschaft dient damit der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Oberbergischen Kreises.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 630.100 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	204.600 €	=	32,4710%
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	118.700 €	=	18,8383%
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	65.500 €	=	10,3952%
Volksbank Oberberg eG	46.100 €	=	7,3163%
Westdeutsche Genossenschaftszentralbank eG	46.100 €	=	7,3163%
Stadt Gummersbach	25.600 €	=	4,0628%
Sparkasse der Homburgischen Gemeinden Wiehl	20.500 €	=	3,2535%
Stadt Wipperfürth	12.800 €	=	2,0314%
Gemeinde Engelskirchen	10.300 €	=	1,6347%
Stadt Bergneustadt,	10.300 €	=	1,6347%
Stadt Wiehl	10.300 €	=	1,6347%
Gemeinde Lindlar,	7.700 €	=	1,2220%
Gemeinde Marienheide,	7.700 €	=	1,2220%
Gemeinde Reichshof	7.700 €	=	1,2220%
Stadt Hückeswagen,	7.700 €	=	1,2220%
Stadt Waldbröl	7.700 €	=	1,2220%
Gemeinde Morsbach	5.200 €	=	0,8253%
Gemeinde Nümbrecht,	5.200 €	=	0,8253%
Volksbank Meinerzhagen eG	5.200 €	=	0,8253%
Volksbank Wipperfürth-Lindlar eG	5.200 €	=	0,8253%

Fortsetzung Oberbergische Aufbau GmbH

Organe

Aufsichtsrat
Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2006	Seite 50
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 51
Lagebericht	Seite 52

Aufsichtsrat

Hagen Jobi, Landrat, Vorsitzender
Ralf Wurth, stellv. Vorsitzender, Kreistagsmitglied
Hans Peter Lindlar, Regierungspräsident, Bezirksregierung Köln
Margit Ahus, Geschäftsführerin, Kreistagsabgeordnete
Konrad Frielingsdorf, Geschäftsführer a. D., Kreistagsmitglied
Paul Gerhard Schmitz, Bürgermeister a. D.
Jürgen Rogowski, Kreistagsmitglied, Hochbautechniker
Jürgen Hefner, Geschäftsführer, Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH
Hans Seigner, Vorstandsmitglied, Kreissparkasse Köln
Manfred Stettes, Sparkassendirektor, Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt
Klaus Gläser, Bankdirektor, Volksbank Oberberg eG (bis 31.12.2006)
Manfred Schneider, Bankdirektor, Volksbank Oberberg eG (ab 01.01.2007)
Horst Fuchs, Stadtverordneter, Stadt Waldbröl
Thomas Gaisbauer, Beigeordneter, Stadt Wiehl
Uwe Ufer, Bürgermeister, Stadt Hückeswagen

Geschäftsführer:

Herr Jochen Hagt
Herr Volker Dürr

Oberbergische Aufbau GmbH

Bilanz

AKTIVA	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.010	10.033	6.873
Sachanlagen	140.858	149.878	152.482
Umlaufvermögen			
Vorräte, unfertige Erzeugnisse und Leistungen	237.193	982.625	1.240.591
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.975	12.606	12.135
Bankguthaben/Kasse	2.570.080	2.644.370	2.782.820
Rechnungsabgrenzungsposten	888	162	120
Bilanzsumme	2.981.003	3.799.673	4.195.021

PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	630.100	630.100	630.100
Kapitalrücklagen	61.355	61.355	61.355
Gewinnrücklagen	845.921	746.791	674.810
Bilanzgewinn	100.863	99.130	71.980
Rückstellungen	803.715	908.185	1.109.914
Verbindlichkeiten			
erhaltene Anzahlungen	304.568	1.161.489	1.414.197
aus Lieferung und Leistung	21.586	2.591	15.219
gegenüber Gesellschaftern	197.091	159.296	129.109
sonstige Verb.	15.805	14.736	88.336
Rechnungsabgrenzungsposten	0	16.000	0
Bilanzsumme	2.981.003	3.799.673	4.195.021

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Anlagenintensität	5,1%	4,2%	3,8%
Eigenkapitalquote	55,0%	40,5%	34,3%
Fremdkapitalquote	45,0%	59,5%	65,7%
Umsatzerlöse inkl. Bestandveränderung (T€)	470	476	664
Bezogene Leistungen	110	148	314
Eigene Leistungen (T€)	360	328	350
Personalbestand (Voll- und Teilzeit / in Nebentätigkeit)	2,5 / 6,0	3,0 / 5,75	3,0 / 6,0

Oberbergische Aufbau GmbH

GuV

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Umsatzerlöse	1.215.640	733.787	485.361
Erhöhung/Verminderung bei Unfert. Leist.	-745.432	-257.966	179.541
sonstige Erträge	16.915	47.611	24.175
Materialaufwand	109.830	147.572	313.513
Rohergebnis	377.293	375.859	375.564
Personalaufwand	205.707	220.026	225.469
Abschreibungen	14.494	16.680	20.921
sonstige betriebliche Aufwendungen	131.622	102.036	73.980
Betriebsergebnis	25.471	37.118	55.193
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	107.692	88.337	92.903
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.300	26.325	24.489
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	100.863	99.130	123.607
sonstige Steuern	0	0	51.627
Jahresüberschuss	100.863	99.130	71.980
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0	0	0
Bilanzgewinn	100.863	99.130	71.980

Oberbergische Aufbau GmbH

Treuhandvermögen

	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
AKTIVA			
Projekte	25.531.058	22.976.244	20.708.815
Guthaben bei Kreditinst.	1.543.111	1.729.869	1.808.496
Ford. gegenüber Treuehemern	183.360	149.557	106.128
Sonstige Forderungen	4.955	4.955	4.955
Summe	27.262.485	24.860.625	22.628.395
PASSIVA			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.954.248	4.162.429	2.583.499
Finanzierungsmittel Treugeber	21.197.254	19.587.213	18.761.721
Rückflüsse aus Verkäufen	1.104.176	1.104.176	1.276.368
Verb. aus Leistungen	6.807	6.807	6.807
Summe	27.262.485	24.860.625	22.628.395

Fortsetzung **Oberbergische Aufbau GmbH**

Lagebericht

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Als Strukturförderungsgesellschaft für den Oberbergischen Kreis hat die Oberbergische Aufbau GmbH seit ihrer Gründung eine Vielzahl unterschiedlichster Aufgaben wahrgenommen. Bereits seit geraumer Zeit hat sich die Gesellschaft allerdings auf zwei für den Wirtschaftsraum Oberberg überaus wichtige Leistungsfelder konzentriert. Es sind dies:

1. Die Bereitstellung qualifizierter Industrie- und Gewerbeflächen für expandierende Unternehmen, denen es am bisherigen Standort an Erweiterungsmöglichkeiten mangelt sowie für aus städtebaulichen und anderen Gründen unausweichliche Verlagerung von Betrieben und für neu anzusiedelnde Betriebe,
2. die Sicherung der Produktionsmöglichkeiten von Betrieben des verarbeitenden Gewerbes an deren derzeitigen Standorten (Standortsicherung) .

Die Aufgaben aus diesem Kerngeschäft der Gesellschaft erstrecken sich auf die treuhänderische Erledigung von Planung, Bodenordnung, Erschließung und Herrichtung der Flächen sowie die Ansiedlung. Mit der auch von der Gesellschaft unterstützten *Kompetenzfeld Initiative Oberberg* der Wirtschaftsförderung des Oberbergischen Kreises sollen die vorhandenen regionalen Kernkompetenzen und Talente erkannt, herausgearbeitet und zu signifikanten Standortvorteilen weiter entwickelt werden.

Die Auftragslage der Gesellschaft ist, bezogen auf den Personalbestand nach wie vor zufrieden stellend und sichert mittelfristig die Beschäftigung der eigenen Mitarbeiter. Hierzu tragen insbesondere die in überschaubaren Bauabschnitten durchgeführten, sich jeweils auf eine Reihe von Jahren erstreckenden Treuhandmaßnahmen bei. Die langfristig angelegte Wahrnehmung von Treuhandaufgaben bei der Bereitstellung regional bedeutsamer Gewerbeflächenstandorte bildete auch in dem Jahr 2006 den Schwerpunkt des Gesellschaftshandels. Mit diesen Aufgaben ist die OAG als Treuhänder auf der Grundlage der 1998 zwischen den Städten und Gemeinden geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit beauftragt worden.

Im interkommunalen Gewerbepark Winterhagen-Scheideweg in Hückeswagen ist die umfangreiche Gelände herrichtung im Bereich des 3. Bauabschnittes im Jahr 2006 weitestgehend fertig gestellt worden, so dass mit den Vorbereitungen zum Ausbau der Baustraße und der Ver- und Entsorgungsleitungen begonnen werden konnte. Seit September 2006 ist die Firma Gebrüder Schmidt, Freusburg-Sieg mit den Erschließungsarbeiten für den Rohausbau des 3. Bauabschnittes befasst. Diese Arbeiten stehen nunmehr kurzfristig vor der Fertigstellung, so dass mit der Vermarktung dieser Flächen begonnen werden kann.

Im Zuge der Standortsicherung der Firma Klingelberg in Hückeswagen ist neben der Erweiterung des Betriebes am alten Standort die Errichtung eines weiteren Bauabschnittes für eine Produktionshalle in dem Gewerbepark Winterhagen-Scheideweg erforderlich geworden.

Dank der zügigen Abwicklung der Erschließungsarbeiten konnte nach einer sehr schnellen Genehmigung des Bauvorhabens mit den Gründungs- und Erschließungsarbeiten zur Ansiedlung der Firma Klingelberg im Gewerbepark Winterhagen-Scheideweg begonnen werden.

Im Zuge des Rohausbaus des 3. Erschließungsabschnittes des Gewerbeparks Winterhagen-Scheideweg werden zur Zeit die Versorgungsanlagen für Strom, Wasser, Gas und Telekommunikation durch die BEW und Telekom erstellt.

In dem interkommunalen Gewerbepark Wehnrath-Sinspert, V. Planungsabschnitt, in der Gemeinde Reichshof ist in dem Berichtszeitraum der letzte noch ausstehende komplizierte Grunderwerbsfall einer Erbgemeinschaft im Zuge eines gerichtlichen Zwangsversteigerungsverfahrens durch das Amtsgericht Waldbröl erfolgreich abgeschlossen worden.

Zur Vorbereitung der Durchführung der für das Jahr 2007 geplanten Gelände herrichtung ist im Jahre 2006 die Verlegung einer Regenwasser-Ablaufleitung mit einem Durchmesser von DN 400 bis 800 mm einschließlich der dazugehörigen Durchpressungsmaßnahmen zur Ableitung von Schmutzwasser- und Zuführung von Versorgungsleitungen unter der Autobahn BAB A 4 durchgeführt worden. Diese Arbeiten wurden von der Firma Heinrich Weber, Siegen, ordnungsgemäß und zeitgerecht erbracht.

Parallel hierzu wurden die Vorbereitungen zur Ausschreibung der Erdarbeiten für die Geländeherrichtung vorangetrieben. In 2006 sind auch die rechtlichen Abholzungsmaßnahmen mit Unterstützung des Forstamtes Waldbröl durchgeführt worden. Mit der umfangreichen Geländeherrichtung im V. Bauabschnitt des Gewerbeparks Wehnath-Sinspert kann voraussichtlich ab 2007 begonnen werden. Im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit Oberberg-Süd ist im Gewerbepark Lichtenberg-Nordwest, I. BA nach der Fertigstellung der Erschließung die Begrünung und Pflege der Ausgleich- und Böschungsflächen durchgeführt worden. Mit ansiedlungswilligen Unternehmen sind bereits erste Vorverhandlungen geführt worden.

Des Weiteren sind im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit Oberberg-Süd in dem Gewerbepark Boxberg IV, 5. BA in dem Berichtszeitraum die Erdarbeiten zur Geländeherrichtung durch die Firma Amant GmbH, Düsseldorf, ausgeführt worden. Insgesamt mussten ca. 255.000 cbm Bodenmassen bewegt werden. Trotz zeitweiliger Starkregenfälle bzw. starker Sonneneinstrahlung und der damit verbundenen Beeinträchtigungen bzw. Unterbrechung der Baumaßnahme sind die Arbeiten ohne wesentliche Anliegerbeschwerden durchgeführt worden. Die Ausschreibung des Rohausbaus zur Erstellung der Ver- und Entsorgungsanlagen verzögerte sich leider bis in den Spätherbst des Jahres 2006, da eine Einigung in einem komplizierten Grunderwerbsfall nicht früher herbeigeführt werden konnte. Hierdurch verzögert sich die ursprünglich für den Herbst 2007 geplante Vermarktung des Geländes, mit der voraussichtlich Mitte 2008 gerechnet werden muss. Mit ersten Ansiedlungsverhandlungen konnte bereits begonnen werden.

Lage des Unternehmens

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten. Mit einem Eigenkapital von T€ 1.638 und einer Eigenkapitalquote von 54,9% ist die Gesellschaft gut aufgestellt. Notwendige Investitionen können aus Eigenmitteln finanziert werden. Zum 31.12.2006 betragen die liquiden Mittel T€ 2.570 bzw. 86,3 % der Bilanzsumme. Die Ertragslage ist mit einem Jahresüberschuss von T€ 101 wie in den Vorjahren positiv. Das Rohergebnis (Positionen 1-4 der Gewinn- und Verlustrechnung) blieb mit 377 T€ auf Vorjahresniveau.

Bei verminderten Personalkosten, erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen und einem verbesserten Finanzergebnis erhöhte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 2 T€. Ausschlaggebend für die höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren insbesondere von der Gesellschafterversammlung genehmigte höhere Marketing- und Versicherungsaufwendungen.

Nachtragsbericht

Nach Beendigung des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hätten anders aussehen lassen, wenn sie vor dem Bilanzstichtag eingetreten wären.

Risiko- und Prognosebericht

a) Risikobericht

Wesentliche Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft bestehen begründet durch die Vermögens- und Ertragssituation sowie durch das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft nicht. Ein Risikomanagementsystem ist vorhanden, die Dokumentation steht vor dem Abschluss.

b) Prognosebericht

Aufgrund der bestehenden Auftragslage sowie der geplanten Projekte kann von einer weiteren positiven Entwicklung in den nächsten Jahren ausgegangen werden. Mit den zu Beginn dieses Jahres mit der Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungs mbH der Gemeinde Lindlar abgeschlossenen Maßnahmenverträgen sowie der Abwicklung bereits laufender Projekte, ist die mittelfristige Beschäftigung der Mitarbeiter der Gesellschaft gewährleistet. Die mit der BGW abgeschlossenen Verträge haben eine Laufzeit von 10 Jahren.

Gummersbach, 14. Februar 2007

gez. Jochen Hagt
gez. Volker Dürr

GTC - Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH *(unmittelbare Beteiligung)*

Robert-Wilhelm-Bunsen-Str. 5
51647 Gummersbach
Telefon: (0 22 61) 81 45 00
Telefax: (0 22 61) 81 49 00

E-mail: info@gtc-gm.de
Internet: www.gtc-gm.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand und Zweck des Unternehmens ist die Förderung von Innovationen und Existenzgründungen sowie des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Unternehmen insbesondere in den Bereichen Elektro-, Kunststoff- und Umwelttechnik sowie Metall- und Informationsbearbeitung in der Region Oberberg. Hierzu errichtet und betreibt die Gesellschaft ein Gründer- und Technologiezentrum und bietet Beratungs- und Dienstleistungen an.

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 727.550 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	25.600 €	=	3,52 %
Stadt Gummersbach	416.750 €	=	57,28 %
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	51.150 €	=	7,03 %
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	51.150 €	=	7,03 %
Gasgesellschaft Aggertal mbH	12.800 €	=	1,76 %
L. & C. Steinmüller GmbH	12.800 €	=	1,76 %
Stromversorgung Aggertal GmbH	12.800 €	=	1,76 %

übrige Gesellschafter siehe Seite 57

Organe

Aufsichtsrat
Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer: Frau Susanne Roll

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2006
Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 57
Seite 58

Fortsetzung **GTC - Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH**

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis	EUR
Stadt Gummersbach	416.750
Oberbergischer Kreis	25.600
Industrie- und Handelskammer zu Köln, Zweigstelle Oberberg	2.600
Albert Ackermann GmbH & Co. KG	10.250
EBI Elektro Bremicker, Installationstechnik	2.600
Herr Lothar Bühne	2.600
Herr Guido Clemens	5.150
Cramer & Herling	2.600
Degner Bauunternehmung GmbH	2.600
Deutsche Bank AG, Filiale Gummersbach	7.700
Dresdner Bank AG, Filiale Gummersbach	2.600
Ferchau Konstruktion GmbH	2.600
Gasgesellschaft Aggertal mbH	12.800
Hans Berger KG	5.150
Eugen Haas Büro GmbH & Co. KG	5.150
Otto Kind AG	5.150
Delphi Automotive Systems Deutschland GmbH	5.150
Merten GmbH & Co. KG	10.250
Herr Michael Metgenberg	2.600
DHPG Müller, Tombers & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft	5.200
Rötzel & Braunschweig GmbH & Co. KG	5.150
Rothstein Vitrinen GmbH	5.150
SABO-Maschinenfabrik GmbH	5.150
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	51.150
Steinmüller Förderzentrum Gummersbach für Aus- und Weiterbildung gGmbH	12.800
Herr Prof. Dr. Friedrich Wilke	2.600
Volksbank Oberberg eG	5.150
Lenneper GmbH & Co. KG	2.600
Stromversorgung Aggertal GmbH	12.800
KSK Kapitalbeteiligungen Holding GmbH	51.150
Stadt Bergneustadt	2.600
Gemeinde Engelskirchen	2.600
Gemeinde Lindlar	2.600
Gemeinde Marienheide	2.600
Gemeinde Morsbach	2.600
Gemeinde Reichshof	2.600
Stadt Waldbröl	2.600
Stadt Wiehl	2.600
WEG-Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	2.600
BEW-Bergische Energie- und Wassergesellschaft mbH	7.700
Aggerverband	5.150
Bunge & Partner Unternehmensberatung GmbH	<u>2.500</u>
	<u>727.550</u>

Die Sparkasse Gummersbach - Bergneustadt hat sich mit einer Einlage von rd. 256 T€ als stiller Gesellschafter an der Gesellschaft ab 01.01.2001 beteiligt. Die Einlage wurde in Form einer Sondertilgung des Darlehens der Sparkasse vorgenommen.

Fortsetzung **GTC - Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH**

Aufsichtsrat

Aufsichtsrat-Vorsitzender

Frank Helmenstein
Bürgermeister der Stadt Gummersbach

Stellvertreter

Dr. Klaus Blau
Beigeordneter und Stadtkämmerer der
Stadt Gummersbach

Stimmberechtigte Mitglieder Stadt GM

Peter Thome
Beigeordneter der Stadt Gummersbach,
Werksleiter Stadtwerke Gummersbach

Stellvertreter

Hans-Egon Häring
Stadtverordneter

Jakob Löwen
Abteilungsleiter Produktentwicklung der Fir-
ma ISE Bergneustadt

Hans-Friedrich Schmalenbach
Stadtverordneter

Stimmberechtigtes Mitglied OBK

Hagen Jobi
Landrat des Oberbergischen Kreises

Stellvertreter

Jochen Hagt
Geschäftsführer der Oberbergischen
Aufbau GmbH

**Stimmberechtigte Mitglieder der
übrigen Gesellschafter**

Frank Grebe
Vorstandsmitglied der Sparkasse Gummers-
bach-Bergneustadt

Stellvertreter

Bernd Nürnberger
Geschäftsführer der KSK-
Beteiligungsgesellschaft GmbH

Rainer Lessenich (stellv. AR-Vorsitzender)
Geschäftsführer der IHK zu Köln, Zweigstelle
Oberberg

Heinz Ferchau
Geschäftsführer der Ferchau Konstrukti-
on GmbH

Klaus Engelbertz
Geschäftsführer der AggerEnergie GmbH

Hans-Georg Hahn
Geschäftsführer der Steinmüller Förder-
zentrum Gummersbach GmbH

Gründer- und TechnologieCentrum
Gummersbach GmbH

Bilanz

AKTIVA	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.177	2.047	4.167
Sachanlagen	1.652.257	1.689.996	1.733.235
Umlaufvermögen			
Vorräte	100	80	150
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	77.405	84.076	59.456
Bankguthaben	52.498	18.424	66.524
Rechnungsabgrenzungsposten	570	553	669
	1.784.008	1.795.175	1.864.201
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	727.550	727.550	727.550
Gewinn-/Verlustvortrag	-259.885	-236.565	-209.318
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.417	-23.320	-27.246
Einlagen stiller Gesellschafter	255.646	255.646	255.646
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	3.224	0
Rückstellungen	61.325	41.350	22.340
Verbindlichkeiten			
gegenüber Kreditinstituten	935.778	993.857	1.032.831
aus Lieferung und Leistung	23.786	18.710	28.367
sonstige Verb.	11.076	3.265	17.303
Rechnungsabgrenzungsposten	27.315	11.458	16.729
	1.784.008	1.795.175	1.864.201

Auszug aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006:

Zum Stichtag 31.12.2006 wurden insgesamt 74 Unternehmen im GTC angesiedelt. In der Zeit sind 378 direkte Arbeitsplätze entstanden. Per 31.12.2006 waren 23 Unternehmen mit 118 Arbeitsplätzen im GTC angesiedelt. Der Belegungstand lag am Stichtag bei 90 %, im Jahresdurchschnitt bei 80 %.

Gründer- und TechnologieCentrum
Gummersbach GmbH

GuV

AKTIVA	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR	31.12.2004 EUR
Umsatzerlöse	377.393	356.176	363.499
sonstige betriebliche Erträge	119.434	89.694	64.860
Personalaufwand	220.365	200.086	211.025
Abschreibungen	45.805	52.042	52.605
sonstige betriebliche Aufwendungen	234.572	202.517	167.847
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	186	0	885
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.251	54.986	70.799
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-37.980	-63.762	-73.031
sonstige Steuern	444	0	0
Erträge aus Verlustübernahme	39.841	40.442	45.785
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.417	-23.320	-27.246

Kennzahlenbezeichnung	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Anlagenintensität	92,7%	94,3%	93,2%
Eigenkapitalquote	40,6%	40,3%	40,1%
Fremdkapitalquote	57,8%	58,9%	59,1%
Personalaufwandsquote	58,4%	56,2%	58,1%
Abschreibungsaufwandsquote	12,1%	14,6%	14,5%
Durchschnittliche Auslastung	80,0%	75,0%	90,0%
Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	5,00	5,00	6,00

Nach § 22 des Gesellschaftsvertrages sind der Oberbergische Kreis, die Städte Gummersbach, Bergneustadt, Wiehl und Waldbröl, die Gemeinden Engelskirchen, Lindlar, Marienheide, Morsbach und Reichshof sowie die WEG Wipperfürth verpflichtet, Verluste nach einem bestimmten Modus bis 205 T€ (TDM 400) auszugleichen. Im Innenverhältnis erfolgt der Ausgleich 5:1:1 zwischen der Stadt Gummersbach, dem Oberbergischen Kreis und den übrigen Städten und Gemeinden.

Hhst.: 7910.7170.3 Defizitabdeckung GTC :	2000	- €
(Rechnungsergebnisse)	2001	23.513 €
	2002	3.310 €
	2003	14.148 €
	2004	6.460 €
	2005	6.541 €
	2006	5.777 €

Naturarena Bergisches Land GmbH (unmittelbare Beteiligung)

Eichenhofstr. 31
51789 Lindlar

Telefon: 0 22 66 – 463 377
Telefax: 0 22 66 – 463 3737
E-Mail: naturarena@bergischesland.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und Rheinisch-Bergischen Kreises.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 25.000 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis:

Oberbergischer Kreis	7.500 €	=	30 %
Rheinisch Bergischer Kreis.	7.500 €	=	30 %
Rhein Berg Tourismus e. V.	5.000 €	=	20 %
Touristik-Verband Oberbergisches Land e. V.	5.000 €	=	20 %

Organe

Geschäftsführung Mathias Derlin (seit dem 15.02.2007)

Gesellschafterversammlung

Sonstiges

Bilanz Seite 60
Gewinn- und Verlustrechnung Seite 60

Naturarena Bergisches Land GmbH Bilanz

AKTIVA	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	50.316	42.498
Sachanlagen	5.246	6.758
Umlaufvermögen		
Vorräte	4.500	4.700
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	16.420	17.974
Bankguthaben	54.488	26.258
Rechnungsabgrenzungsposten	541	0
	131.511	98.188

PASSIVA		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000
Kapitalrücklage	73.097	18.173
Rückstellungen	18.541	5.590
Verbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	0	0
aus Lieferung und Leistung	2.831	46.030
sonstige Verb.	12.042	3.394
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
	131.511	98.188

Naturarena Bergisches Land GmbH GuV

AKTIVA	31.12.2006 EUR	31.12.2005 EUR
Umsatzerlöse	18.021	625
sonstige betriebliche Erträge	12.871	55.000
Materialaufwand	1.225	375
Personalaufwand	109.031	40.992
Abschreibungen	4.702	3.763
sonstige betriebliche Aufwendungen	158.303	91.931
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	566	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-241.857	-81.437
Sonstige Steuern	719	0
Jahresfehlbetrag	242.576	81.437
Entnahme aus der Kapitalrücklage	242.576	81.437
Bilanzgewinn	0	0

Standortmarketing Region Köln/Bonn GmbH *(mittelbare Beteiligung)*

Ottoplatz 1
50679 Köln

Telefon: 0221-92547711
Telefax: 0221-92547719
E-Mail: info@standortmarketing-koeln-bonn.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist zum einem die wettbewerbsfähige Positionierung der Region im Vergleich zu anderen Standorten (regionales Standortmarketing). Hierzu gehören insbesondere die Aufgabenfelder: Entwicklung und Vermarktung eines internationalen Standortprofils; Bündelung und Abstimmung bestehender sowie Entwicklung regionaler Standortmarketingansätze; Förderung des Austausches zwischen Wissenschaft und Wirtschaft; Initiierung von Netzwerken in Abstimmung mit regionalen Partner; Aufbau eines Netzwerkes mit strategisch interessanten europäischen Regionen.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital 25.000 €

Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis:

Verein Region Köln/Bonn e.V. *	10.000 €	=	40 %
Verein Wirtschaftsinitiative Köln/Bonn e.V.	10.000 €	=	40 %
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Sparkassen	5.000 €	=	20 %

* Der **Oberbergische Kreis** ist Mitglied des Vereins Region Köln/Bonn e.V.
Insofern besteht „nur“ eine mittelbare Beteiligung an der o.g. Kapitalgesellschaft.

Organe

Geschäftsführung Fr. Katrin Rüffer (Bereich Standortmarketing)
Hr. Dr. Reimar Molitor (Bereich REGIONALE 2010)

Gesellschafterversammlung
Ausschuss für Regionales Standortmarketing
Ausschuss für REGIONALE 2010

Sonstiges

Bilanz Nicht abgedruckt
Gewinn- und Verlustrechnung Nicht abgedruckt

Steinmüller-Bildungszentrum gGmbH (unmittelbare Beteiligung)

Rospestr. 1
51643 Gummersbach
Telefon: (0 22 61) 2 90 26 30
Telefax: (0 22 61) 91 25 70

E-mail: info@steinmueller-
bildungszentrum.de
Internet: www.steinmueller-
bildungszentrum.de

Öffentlicher Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherung und Fortführung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Kreismitte.

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital	25.000 €
Gesellschafter mit Beteiligungsverhältnis	
Oberbergischer Kreis	1.250 € = 5 %
Stoltenberg-Lerche Stiftung für berufliche Weiterbildung, Gummersbach	9.000 € = 36 %
Steinmüller Bildungszentrum gGmbH	12.250 € = 49 %
Stadt Gummersbach	2.500 € = 10 %

Die Firmenbezeichnung *Steinmüller Förderzentrum Gummersbach für Aus- und Weiterbildung gGmbH* wurde im November 2006 in *Steinmüller Bildungszentrum gGmbH* geändert.

Die von der *STEINSERV Steinmüller GmbH* gehaltenen Anteile in Höhe von 12.250 € wurden auf die Gesellschaft übertragen. Die *Steinmüller Bildungszentrum gGmbH* verfügt somit über eigenen Anteile in Höhe von 12.250 €, dies entspricht einem Anteil von 49 % am Stammkapital der Gesellschaft.

Organe

Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung
Beirat

Geschäftsführer: Hans Georg Hahn,
Stefan Brüninghaus

Sonstiges

Bilanz zum 31.12.2006
Gewinn- und Verlustrechnung

Seite 63
Seite 64

Steinmüller-Bildungszentrum gGmbH, Gummersbach

Bilanz

	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	EUR	EUR	EUR
AKTIVA			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenst.	2.162	3.689	444
Sachanlagen	569.938	602.939	624.542
Finanzanlagen	448.779	185.001	185.001
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	123.422	108.113	102.061
Wertpapiere (eigene Anteile)	12.250	0	0
Bankguthaben	142.564	975	13.890
Rechnungsabgrenzungsposten	2.860	2.161	1.798
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbefund	0	173.317	183.428
Bilanzsumme	1.301.976	1.076.194	1.111.164
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
Gewinnrücklage (Rücklage für eigene Anteile)	12.250	0	0
Verlustvortrag (Vorjahr Gewinnvortrag)	-198.317	-208.428	-181.199
Jahresüberschuss	0	10.111	-27.229
Bilanzgewinn	224.388	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbefund	0	173.317	183.428
Rückstellungen	191.925	25.839	103.989
Verbindlichkeiten			
gegenüber Kreditinstituten	519.703	928.990	946.331
aus Lieferung und Leistung	76.101	32.762	18.162
gegenüber verb. Unternehmen	0	4.500	4.500
sonstige Verb.	424.454	75.806	30.128
Rechnungsabgrenzungsposten	26.473	8.298	8.053
Bilanzsumme	1.301.976	1.076.194	1.111.164

Das noch zum 31.12.2005 ausgewiesene negative Kapital konnte zum 31.12.2006 ausgeglichen werden.

Steinmüller-Bildungszentrum gGmbH, Gummersbach

GuV

	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	1.436.427	1.076.949	1.138.595
andere aktivierte Eigenleistungen	0	2.859	13.560
Sonstige betriebliche Erträge	297.818	37.681	94.548
Materialaufwand	55.266	73.195	137.413
Rohergebnis	1.678.979	1.044.294	1.109.290
Personalaufwand	707.217	622.930	663.476
Abschreibungen	37.317	41.493	38.589
sonstige betriebliche Aufwendungen	648.969	320.405	395.061
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	172	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	49.010	49.281	39.392
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	236.638	10.185	-27.229
Sonstige Steuern	0	74	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	12.250	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	224.388	10.111	-27.229
durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	18,5	18,0	15,0

Kündigung von Genossenschaftsanteilen

Im Zuge der Beratungen zum Haushaltsplan 2007 wurde von Seiten der politischen Parteien die Kündigung diverser Beteiligungen beantragt. Der Kreistag des Oberbergischen Kreises hat in seiner Sitzung am 15.03.2007 mehrheitlich den Beschluss gefasst, folgende Mitgliedschaften zu beenden:

- Bauverein Dieringhausen eG
- Gemeinnütziger Wohnungsverein Gummersbach eG
- Kreisbaugenossenschaft Waldbröl eG
- GBW Gemeinnütziger Bauverein eG, Wipperfürth
- GeWoSie Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedungsgenossenschaft eG, Bergneustadt.
- Gemeinnützige Baugenossenschaft eG, Ränderoth
- GWG Wohnungsbaugenossenschaft Radevormwald eG
- Volksbank Meinerzhagen eG
- Volksbank Oberberg eG
- Volksbank Wipperfürth-Lindlar eG

Aufgrund der Besonderheiten des Genossenschaftsrechts werden die Kündigungen und die Auszahlungen der Geschäftsguthaben teilweise erst in späteren Jahren wirksam.

